



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes Saar-Verein.

Nummer 21

1. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreissliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 44, Fernsprech-Anschluß: Amt Köpenick 3249. — Bezugspreis vierteljährlich Mk. 2.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer Mk. 0.40 einschließlich ordentlichen Teuerungszuschlages.

Berlin

1. November 1921

Was Oberschlesien dem Saargebiet sagt.

Die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage hat in der ganzen Welt das Urteil über den Völkerbund gesprochen. Das oberschlesische Problem stellte für den Völkerbund den Prüfstein dar, an welchem er bezunden sollte und mußte, ob er die Ideen verfolgt, die maßgebend waren bei seiner Gründung und die wegweisend sein sollten für einen neuen Völkeraufbau, für eine Völkerordnung und für ein wahres Völkerrecht. Nach Wilsons Idee sollte der Völkerbund der geschäftsführende Ausschuß zur Verbreitung einer wirklichen Völkerdemokratie sein. Nach diesen Richtlinien mußte der Völkerbund handeln, als ihm das oberschlesische Problem zur Entscheidung vorlag.

Dem Völkerbund, wie er sich als Gemeinschaft aller im Völkerbund vereinigten Staaten ergibt, wurde ein Problem zur Entscheidung vorgelegt, wie es bisher ähnlich an den Völkerbund nicht herangetreten ist. Ihm war bekannt, daß um Oberschlesien gewaltige Interessentkämpfe entzündet waren, Interessentkämpfe, durch die das klare Bild über die wirtschaftlichen, nationalen und politischen Verhältnisse des in Frage kommenden Gebietes verdunkelt wurde. Es standen sich zwei Parteien gegenüber, ausgerüstet mit ungleichen Waffen und in ihren Machtverhältnissen ungleiche Partner. Auf der einen Seite Deutschland, pochend auf sein gutes Recht, auf seine kulturellen Verdienste und auf den Volkswillen des Landes. Auf der anderen Seite Polen, ein durch die Kriegsverhältnisse neu ins Leben gerufener Staat, der seinen Lebenszweck noch nicht bewiesen, die Staatsgeschäfte noch nicht erlernt, weder kulturelle Ansätze, noch weniger kulturelle Erfolge zu verzeichnen hat, aber ausgerüstet ist mit einem Landhunger, der über die Prinzipien der Völkerdemokratie und des Völkerbundes rücksichtslos hinwegschreitet. An seiner Seite Frankreich, dessen einzige Aufgaben und Ziele allein darin zu bestehen scheinen, Deutschland vollständig zu vernichten und es zu einem Slavenvolk im Dienste Frankreichs herabzuwürdigen.

In diesen Kampf der Meinungen, des Rechts gegen das Unrecht, der Gewalt gegen die Ohnmacht, sollte der Völkerbund als unparteiische und neutrale Instanz als Schiedsrichter eingreifen. Was wäre natürlicher gewesen, als daß er eine Kommission von vollständig unparteiischen Persönlichkeiten beauftragt hätte, die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen, um sich auf Grund des Gutachtens einer solchen Kommission in Verbindung mit den Bestimmungen des Versailler Diktats und des am 20. März d. J. zum Ausdruck gekommenen Volkswillens dieses Landes ein klares Bild über Oberschlesien zu machen. Das tat der Völkerbund nicht! Er beauftragte vielmehr die militärischen Vertreter der drei Besatzungsländer mit einem Gutachten. Es ist aber bekannt, daß diese drei Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens in ihrer Meinung über

das oberschlesische Problem nicht einig werden konnten. Der englische Vertreter, der ohne Voreingenommenheit und vollständig unparteiisch sich über die wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse klar geworden ist, ist zu dem Endurteil gekommen, daß Oberschlesien als unteilbares Ganze bei Deutschland bleiben müsse. Einen ähnlichen Standpunkt nahm der italienische Vertreter ein. Der französische Vertreter, der leider gleichzeitig Vorsitzender der Interalliierten Kommission in Oppeln ist, stellte sich als Verbündeter Polens vorbehaltlos auf die polnische Seite und verlangte ein ungeteiltes Oberschlesien für Polen. Wegen dieser Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Interalliierten Kommission mußte der englische Vertreter, der die wahren Absichten Frankreichs in der oberschlesischen Frage erkannte, aus der Interalliierten Kommission ausscheiden. Er hat es jedoch nicht verabsäumt, seiner Regierung einen unverfälschten Bericht über die wirkliche Lage in Oberschlesien zu geben, so daß die englische Regierung sich nicht darüber im Unklaren war, auf welcher Seite das Recht liegt, das Oberschlesien ungeteilt an Deutschland verweist. Diese Ansicht der englischen Regierung ist in den verschiedenen Reden Lloyd Georges zum Ausdruck gekommen, der sogar die Meinung vertrat, daß es Deutschland freigestellt sein müßte, angesichts des polnischen Aufstandes in Oberschlesien, das ihm rechtlich und auf Grund des Abstimmungsergebnisses zustehende Land von den polnischen Banditen zu befreien.

Wir haben den furchtbaren polnischen Terror in Oberschlesien erlebt, wir haben leider sehen müssen, daß die französischen Truppen, die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bestimmt waren, gemeinsame Sache mit den Polen machten und das oberschlesische Land den polnischen Insurgenten in die Hände spielten. Wir haben es erleben müssen, daß Tausende und Abertausende deutscher Stammesbrüder aus ihrer Heimat flüchten mußten, daß Tausende ihr Leben und ihre Gesundheit unter dem polnischen Terror eingebüßt haben — wir haben es aber leider nicht erlebt, daß die französischen Besatzungstruppen gegen diese Mordgesellen der polnischen Aufrührerbanden vorgegangen sind. Während Deutsche in zahlreichen Fällen bei den geringsten Vergehen, die sich aus der Erregung über das polnische Treiben ohne weiteres erklären, aufs schwerste durch die französischen Besatzungstruppen bestraft wurden, haben dieselben Behörden die Freilassung polnischer Mörder verlangt und erreicht.

Alle diese Tatsachen sind dem Völkerbund, sind den Männern bekannt, die über das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden hatten, die im Namen des Rechts und der Unparteilichkeit über Leben oder Tod eines in höchster wirtschaftlicher Blüte stehenden Landes zu bestimmen hatten.

Die Rechtslage in der oberschlesischen Frage war zu klar, als daß wesentliche Differenzen hätten

entstehen können, wenn die Entente dieses Problem tatsächlich vom Rechtsstandpunkt aus beurteilen wollte. Wenn es aber dennoch zu außerordentlich schweren Kämpfen innerhalb der Hauptententestaaten in der oberschlesischen Frage gekommen ist, wenn wiederholt von einem gespannten Verhältnis wegen dieser Frage zwischen Frankreich und England gesprochen wurde, so wird dadurch nur bekannt und besonders betont, daß nicht die Rechtslage über Oberschlesien entscheiden sollte, sondern die Machtfrage. Aus diesem Grunde kam der Oberste Rat zu keiner Entscheidung und übertrug daher das oberschlesische Problem zur Klärung der Vollversammlung des Völkerbundes in Genf. Auch hier plakten die Geister bereits in der ersten Sitzung heftig aufeinander. Um den entstandenen Riß innerhalb der Entente nicht noch weiter vergrößern zu lassen, entschied man sich für die Einsetzung einer Sachverständigenkommission, die an Hand des vorliegenden Materials ein Gutachten abgeben sollte. Wenn man aber geglaubt hat, daß innerhalb dieses kleinen Kreises, in welchem ein Chinese, ein Brasilianer, ein Belgier und ein Spanier saß, die Differenzen beseitigt worden wären, so ist das ein Trugschluß. Diese Tatsache ist jedoch nicht so verwunderlich, wenn man weiß, daß auf die Zusammensetzung dieser Kommission die eine der Parteien, der die Macht zur Seite stand, nicht ohne Einfluß geblieben ist. Wenn dennoch eine Einigung nicht erzielt werden konnte, so wird dadurch nur klar, wie weit die Ansprüche jener Partei gingen. Das einmütige Gutachten kam also nicht zustande. Man beauftragte nunmehr eine Unterkommission, bestehend aus einem Schweizer und einem Tschechen, die ebenfalls an Hand der vorliegenden Tatsachen das Problem gutachtlich prüfen sollte.

Es ist nie restlos bekannt geworden, welches Urteil oder welches Gutachten oder welche sonst anderen Mächte die Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführt haben. Tatsache ist jedenfalls, daß zwar sowohl von polnischer wie von deutscher Seite Vertreter nach Genf gerufen wurden, um über Zweifelsfragen Aufschluß geben zu können, daß aber die deutschen Vertreter nur ganz nebenher von der Zweierkommission gelegentlich über eine ganz nebensächliche Frage gehört wurden, während die polnischen Vertreter bei den Völkerbundsmitgliedern und im Sekretariat ein- und ausgingen.

Und die Entscheidung ist gefallen; sie ist gefallen ganz in dem Sinne, der diese gewaltigen Vorbereitungen zur Vergewaltigung des Rechts erwarten ließ. Es war nicht maßgebend, daß der Friedensvertrag in erster Linie den Volkswillen sprechen lassen wollte, es waren nicht maßgebend die wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse und Zusammenhänge, ausschlaggebend war allein der Wille Frankreichs und die Machtgelüste Polens. In der ganzen Welt ist man sich darüber klar, daß der Wiederaufbau der Weltwirtschaft nur dadurch ermöglicht werden kann, daß alle Hilfsquellen und alle Wirtschaftsfaktoren aller Länder ausgenutzt und ausgebaut werden. Alle Welt ist sich darüber einig, daß die hochentwickelte oberschlesische Industrie ihren Hochstand nur durch deutschen Fleiß, durch deutsche Organisation und durch deutsche Wissenschaft erlangt hat und behalten kann. Alle Welt ist sich darüber klar, daß die polnische Wirtschaft eben polnische Wirtschaft ist und bleiben wird, und daß die oberschlesische Industrie in polnischen Händen in kurzer Zeit einen Trümmerhaufen darstellen muß. Darüber war sich selbst der Völkerbund einig und versuchte eine Lösung, die die oberschlesische Industrie in polnischer Hand auf dem hochentwickeltesten Stand erhält, auf der sie sich zurzeit befindet. Deshalb zog man neben der politischen Grenze eine wirtschaftliche, die für 15 Jahre mit der bisherigen Staatsgrenze zusammenfällt. Man hofft, daß es deutscher Lehrmeisterschaft in 15 Jahren gelingen werde, die polnischen Wirtschaftsorgane in 15 Jahren soweit unterrichtet zu haben, daß man es wagen kann, den Polen die Weiterbewirtschaftung des oberschlesischen Industriebeckens allein zu übertragen.

Der Völkerbund hat sich also mit dieser Entscheidung über Oberschlesien selbst übertroffen, indem er Deutschland zwar rechtswidrig ein ihm zustehendes Gebiet wegnimmt, deutschen Geist und deutsche Wissenschaft und deutschen Fleiß aber dazu zwingt, polnische Unkultur und polnische Mißwirtschaft zu kultivieren. Von diesem Völkerbund hat Deutschland nichts zu erwarten. Deshalb

entsteht für das Saargebiet die Frage: Was wird sein Schicksal sein nach 15 Jahren? Jedermann weiß, daß der polnische Sieg nur dem französischen Verbündeten zuzuschreiben ist. Jedermann weiß aber auch, daß Frankreich diesen Liebesdienst nicht nur der schönen Augen der Polen willen und uneigennützig geleistet hat, sondern daß dieser Dienst bestimmten bedeutenden Nebenabsichten zuzuschreiben ist. Clemenceau hat einmal den Ausspruch getan: „Der Frieden ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“ Das ganze Verhalten Frankreichs nach dem sogenannten Friedensschluß beweist, daß dieser Grundsatz Clemenceaus weitgehend für die ganze französische Politik ist. Deutschland soll vernichtet werden um jeden Preis, und Frankreich will der Erbe sein. Überall, wo es gilt, Deutschland ein Stück seines Landes, seines Eigentums und seines Lebens zu nehmen, hat Frankreich seine Hand im Spiel. Rechtsbegriffe hat die französische Politik nicht zu verzeichnen, wenn es sich darum handelt, die französischen Ziele zu erreichen. Wir sehen das täglich immer deutlicher im Saargebiet. Dort soll nach den Bestimmungen von Versailles der Völkerbund für 15 Jahre die Geschicke des Landes in Händen halten.

Wie diese Bestimmungen von Frankreich ausgelegt werden, beweist eine Äußerung des französischen Ministerpräsidenten in der französischen Kammer, wo er unter anderem sagte: „Im Saargebiet ist man sehr zufrieden mit unserer freiheitlichen Regierungsweise.“ Briand gibt also durch diese Äußerung unzweideutig zu erkennen, daß die Völkerbundscommission an der Saar „unsere“, d. h. Frankreichs Regierungsweise zur Geltung zu bringen hat. Das könnte überraschen, wenn man nicht seit langem wüßte, daß der Präsident der Regierungskommission im Saargebiet sich nicht als Beauftragter des Völkerbundes, sondern als französischer Annexionskommissar betrachtet. Als solcher hat er vor kurzem eine Geheimanweisung der französischen Regierung zur intensiveren Franzöisierung des Saargebietes aus dem Munde und aus der Hand des französischen Ministers Louchet entgegengenommen.

Wir finden also im Saargebiet dieselben Tendenzen französischer Politik wie in Oberschlesien. Auch in Oberschlesien sollte der französische General Le Rond den Völkerbund in der Durchführung bestimmungsmäßiger Aufträge vertreten. Sein Geheimauftrag von Paris aber besagte, daß er sich vollständig der polnischen Politik zur Verfügung zu stellen habe, da ein Geheimvertrag zwischen Polen und Frankreich eine genau festgelegte Politik für beide Länder in der polnischen Frage vorschrieb. Und Le Rond kam diesem seinem Auftrag mit Freuden nach. Frankreich veranlaßte also in Oberschlesien wie im Saargebiet die dem Völkerbund zur Verfügung gestellten Kommissare zu Vertretungen im Saargebiet, wie sie in ähnlicher Form in der hohen Politik und in der internationalen Diplomatie bisher nicht zu verzeichnen waren.

Das Saargebiet und die Welt müssen aus dem Schicksal Oberschlesiens lernen. Die Gefahr für das Saargebiet, der französischen Gewaltpolitik zum Opfer zu fallen, ist außerordentlich groß. Wenn nach 15 Jahren das Schicksal des Saargebietes auf Grund der Bestimmungen des Versailler Diktats dem Buchstaben und dem Geiste nach entschieden werden soll, so könnte das Saargebiet, es könnte Deutschland beruhigt sein. Was aber erleben wir bereits heute im deutschen Land an der Saar? Wir sehen, daß das Deutschtum mit allen Mitteln politischer Kniffe und brutaler Gewalt niedergeknüttelt wird, wir sehen, daß die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge unbeschadet der katastrophalen Wirkungen auseinandergerissen und eine Umstellung „auf dem Verordnungswege“ durchgeführt wird, die die Annexion dieses Gebietes durch Frankreich zum Ziele hat. Wir sehen täglich, daß das Bekenntnis zum Deutschtum als Landesverrat gekennzeichnet wird, daß aber die französische Propaganda, die in der widerwärtigsten und gewalttätigsten Weise mit französischen Staatsmitteln betrieben wird, ungehindert das Land an der Saar beunruhigen darf. Wir erleben täglich, daß deutschen Personen, die das deutsche Gebiet an der Saar zur Erledigung geschäftlicher

oder familiärer Angelegenheiten besuchen wollen, die Einreise verhindert, zum mindesten erschwert wird, daß hingegen jedem französischen Schieber und jedem französischen Politiker und Journalisten das Ein- und Ausgehen im Saargebiet auf jede erdenkliche Weise erleichtert wird. Wir müssen beobachten, daß deutschen Behörden, denen eine Tätigkeit auf Grund der Bestimmungen des Versailler Diktats im Saargebiet zugestanden ist, die ordnungsmäßige Erledigung dieser Arbeiten erschwert oder selbst unmöglich gemacht wird, daß es dagegen französischen Ministern und französischen Generalen unbenommen bleibt, jederzeit das Saargebiet zu betreten, um Propagandareden zu halten, das Deutschtum zu beschimpfen, die Bevölkerung zu drangsalieren und dem Präsidenten der Völkerbundskommission Anweisungen der französischen Regierung zu erteilen. Darf man angesichts dieser Tatsache noch daran glauben, daß das Recht die Welt regiert, daß das Recht und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes über das Schicksal des Saargebietes entscheidet?

Frankreich hat bis auf den heutigen Tag keine Antwort auf die Anfrage gegeben, auf welche Weise die gefälschte Adresse der 150 000 „Saarfranzosen“ zustande gekommen ist, es hat sich noch nicht zu der Anklage geäußert, daß diese von Frankreich veranlaßte gefälschte Saaradresse das Schicksal des Saargebietes entschied, wie es der heutige unhaltbare Zustand der Dinge an der Saar ergibt. Die Welt hat durch die Entscheidung in der oberschlesischen Frage erfahren, daß der Völkerbund nicht Hüter des Rechts, sondern Vertreter der Macht und Gewalt darstellt. Dieser Politik soll auch das Saargebiet zum Opfer gebracht werden; daran zweifelt niemand mehr, der die Entwicklung der Dinge im Saar-

gebiet verfolgt hat. Wenn es aber so ist, so wird damit nicht die Idee des Völkerbundes verneint, sondern nur bewiesen, daß der Völkerbund sich zurzeit der Gewalt französischer Machtpolitik beugen muß. Nicht dadurch, daß man die Existenzberechtigung des Völkerbundes verwirft, wird man die Dinge bessern, sondern dadurch, daß alle wahren Freunde eines wirklichen Völkerbundes aufgeweckt werden, sich den Bedrohern des Weltfriedens, wie sie in der französischen Politik verkörpert sind, entgegenstellen und ihnen ein energisches und machtvolleres „Galt“ entgegenrufen. Das deutsche Volk hat wie jedes andere auf der Welt das Recht zu leben. Es hat das Recht unbedrohten Besitzes des Landes, das ihm gehört. Wird dieses Recht bestritten oder bedroht, so muß ein Völkergericht die Bedroher dieses Rechts zur Verantwortung ziehen. Die Entscheidung der oberschlesischen Frage hat gezeigt, wo der Hebel angelegt werden muß, um den Machthabern und Gewaltpolitikern das Heft aus der Hand zu nehmen.

Dem Saargebiet fällt damit die schwere, aber ungemein wichtige Aufgabe zu, die Welt darüber aufzuklären, daß zurzeit noch die Gewalt die Welt regiert; das Saargebiet muß in aller Welt die Erkenntnis verbreiten, daß in den Völkerbund der Geist der Gerechtigkeit und der wahren Völkerdemokratie Eingang finden muß, wenn anders nicht die ganze Idee des Völkerbundes zu einer Farce herabsinken soll. In Oberschlesien hat der Völkerbund versagt, hat versagen müssen angesichts der brutalen Gewalt französischer Machthaber. Bis zum Jahre 1934 muß das Kind des Völkerbundes an der Saare zu Wege gebracht haben, daß dieser Geist französischer Gewaltpolitik vernichtet und durch einen Geist der Versöhnung und allgemein anerkannten Völkerrechts ersetzt worden ist.

Ein einzig Volk.

Der Versuch der Saarregierung mit ihren Helfershelfern in der Parallelstraße in Saarbrücken, die Volksmeinung zu verleiern und im Ausland die Meinung zu verbreiten, als sei der größte Teil der Saargebietsbevölkerung für die Krankenwährung, haben das Volk an der Saar erneut zu einem einmütigen und gewaltigen Protest auf den Plan gerufen. Wie heißt es denn in diesen Kundgebungen die „Saarbrüder Zeitung“, in denen die Bevölkerung erneut ihr Deutschbekenntnis zum Ausdruck brachte. Dieser Tag des 14. Oktober 1921 wird für immer in den Tafeln der Geschichte des Saargebietes eingetragen sein. Er wird hinausgehen als Bedruf für diejenigen, die noch immer nicht begriffen haben, um was es sich in dem Kampf an der Saar handelt. 40 000 Menschen haben sich nach übereinstimmender Schätzung am 14. Oktober im Saalbau in Saarbrücken und droben im Ludwiaspark versammelt, um Zeugnis dafür abzulegen, daß sie nicht gewillt sind, freudloses Spiel mit ihrem eigenen Geschick treiben zu lassen. Es darf behauptet werden, daß Saarbrücken nie eine solche Kundgebung gesehen hat, die ostentativ die Tausende und aber Tausende deutscher Männer und Frauen versammelte zur Abwehr und zum Protest. Der Eindruck dieser Kundgebungen ist unbeschreiblich da durch die Riesensammlungen der feste Wille zitterte, festzuhalten, was die Väter einst befehlen.

Die Kundgebungen wurden veranlaßt durch den Versuch gewisser Kreise, befehlsgemäß die Arbeiterschaft zu Krankendemonstrationen zu mißbrauchen. Anlaß gab ferner die niederträchtigen Verdächtigungen, die von jener Seite gegen die Saardelegation ausgestreut wurden und die Absicht der Saarregierung, auf dem Verordnungswege die Krankenzahlung in den Kommunalverwaltungen einzuführen. Es handelte sich also um Bestrebungen die an den Wurzeln des saardeutschen Wirtschaftslebens nagen. Deshalb fand sich die Saarbrüder Bevölkerung zu einer Kundgebung zusammen, um das Gelöbnis zu erneuern:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr!

Im Ludwiaspark versammelten sich die bürgerlichen Parteien. Als Redner traten auf Gewerkschaftssekretär P. d. Landessekretär Hillenbrand, Dr. Brauers und Baugewerksmeister Otto Meyer. Ihre Gedankengänge bewegten sich etwa in folgender Richtung: Das Saargebiet und seine Bewohner gehören zu jenen Beutegütern, die sich die Sieger im Vertrag von Versailles gegenseitig zugeworfen haben. Die Saarbevölkerung hat sich in das ihr aufgenötigte Schicksal gefügt und seit Dienstantritt der Regierungskommission wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie zum Wohle des Volksganzen die Regierung in ihren Aufgaben zu unterstützen gewillt sei. Die Bevölkerung hatte

nur eine Bedingung und das war die, daß sich die Regierung als wirkliche Treuhänderin bei Ausübung ihres Amtes betätigen werde. Nachdem die Regierung nun fast zwei Jahre unter uns weilt, erklären wir es offen, daß wir mit ihrer Amtsführung unzufrieden sind und ihr das Vertrauen abbrechen. Wir haben festzustellen, daß sich die Regierung bei allen bedeutungsvollen Entscheidungen durchweg in schärfstem Gegensatz zu dem, was die Bevölkerung wünschte, gestellt hat. Im Zeitalter der Demokratie, der Selbstbestimmung der Völker, lehnt es die Saarbevölkerung, abgesehen von wenigen Heloten, ab, sich weiterhin als Objekt gebrauchen zu lassen. Die Rolle eines Leibeigenen oder Kongonegers liebt der geistig, politisch und wirtschaftlich gebildeten Bevölkerung nicht. Wir müssen protestieren gegen jede Maßnahme der Regierungskommission, die darauf abzielt, uns das letzte bürgerliche Recht der Selbstverwaltung in den Gemeinden zu nehmen. Wir haben kein Verständnis für den Standpunkt der Regierungskommission, die uns sagt: Ich habe Geld genug, ich kann alles in Franken bezahlen! So wollen wir nicht regiert werden. Wir protestieren gegen die Politik der Regierungskommission, die mit dem wohlverstandenen Interesse der Saarbevölkerung im Widerspruch steht mit der man wohl vielmehr dem Interesse einer anderen Nation zu dienen bestrebt ist. Das Gesamtwohl der Saarbevölkerung erfordert es, daß die Regierung ihre Krankenpolitik revidiert. Allgemeine Einführung des Krankenbeitrags für uns Konkurrenzunfähigkeit mit der deutschen Industrie, damit Unmöglichkeit des Abzuges, Schließung der Betriebe, Arbeitslosigkeit.

Um diesen Standpunkt der weitaus größten Mehrzahl der Bevölkerung dem Völkerbund zum Ausdruck zu bringen, ging im Einverständnis der großen Masse der Bevölkerung eine Delegation nach Genf. Die Delegation ist so wie sie es erwarten konnte, empfangen worden.

Wir haben uns in Genf gegen jede weitere Vermehrung des Krankenumlages ausgesprochen. Man komme uns nicht mit dem Einwand, wir müßten doch allgemein den Kranken einführen, weil das Saargebiet in drei Jahren völlig im französischen Zollgebiet aufgehen soll. Ist denn der Versailler Vertrag für alle Zeiten unabänderlich? Soll er Wirtschaft und Leben eines Landes erdroffeln? Die Delegation legte in Genf besonders Wert darauf, zu betonen, daß die Regierungskommission bei all ihren Voraussagen bisher den Rat der Wirtschaftskenner völlig übergegangen hat. Soll das Schlimmste verhütet werden, dann muß bei allen arößeren Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Bevölkerung nicht die Regierungskommission, sondern der Völker-

kund selbst nach Anhörung beider Teile die Entscheidung treffen.

Bei allen diesen großen Dingen haben wir aber die Frage vorzulegen: wie steht unser saarländisches Mitglieð in der Regierungskommission Dr. Hector dazu? In Genf war man der eigenartigen Meinung, wir hätten das saarländische Mitglieð in der Regierungskommission selbst zu wählen. Ist es nicht bedauerlich, daß jetzt, wo die einmütige Saarbevölkerung ihre Stimme erhebt, Dr. Hector eine gegenteilige Ansicht vertritt? Er sagt: Weil nach drei Jahren die französische Zollgrenze in Kraft tritt, deshalb müssen wir den Franken einführen. Das ist nach unserer Auffassung nicht der Standpunkt, den die saarländische Bevölkerung von ihrem Regierungsmitglieð erwarten kann.

Wir haben heute mit Genugtuung feststellen können, daß sich in großen Fragen die große Masse der einsichtigen Bevölkerung einig ist. So soll es auch in Zukunft bleiben. Die Einigkeit wollen wir hochhalten. Denken wir an Oberschlesien! In Oberschlesien leben wir, welche enge wirtschaftliche Bande dort zerschnitten wurden. Darum wollen wir es uns heute geloben:

Jetzt und in Zukunft gibt es im Saargebiet nur ein Volk: Das sind wir Deutsche!

Im Saalbau und auf dem Neumarkt fand die Kundgebung der Mehrheitssozialisten statt. Die historische Bedeutung dieser Kundgebung liegt vor allem in der alanzenden Abfuhr, die unter der stürmischen Begeisterung der Versammlung den Krankenaposteln und ihren Hintermännern in der Parallelstraße erteilt wurde. Parteivorstehender Schäfer und Stadtverordneter Gerhard hatten es hier übernommen, mit diesen dunklen Elementen deutsch zu reden. Schäfer führte zunächst aus, daß zu dieser Kundgebung der Kampf um das nackte Dasein der Saarbevölkerung geführt hätte. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit schreite wie ein Schatten einher, da das Wirtschaftsleben an der Saar durch die Krankenpolitik der Saarregierung dem Abgrund entgegengeführt wird. Der Redner behandelte in diesem Zusammenhang die Frage: Warum will man uns den Franken aufzwingen? Uns treibt es dazu, daß wir aus volkswirtschaftlichen Gründen heraus die Beibehaltung der Mark fordern müssen, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß unser ganzer Absatz die Mark zur Grundlage hat. Im Vordergrund steht Absatz und Gewerkschaftsmacht, aber beides zertümmern die kommunistischen Führer aus egoistischen und propagandistischen Gründen und weil ihnen das Mittel von anderer Seite beigebracht wurde. Die Kommunisten führen bei jeder Gelegenheit den Heimdienst im Munde. So daß es wahr-scheinlich ist, daß sie zu dieser Behauptung gedrängt werden. Soweit ich die anwesenden Kommunisten kenne, ist keiner von ihnen in der Lage, zu den gewaltigen Kosten der Frankendemonstration am letzten Montag wesentliches beizutragen, die Gelder hierauf kamen von anderer Seite. Wir sind keine politischen Eunuchen, die sich alles gefallen lassen aus irgendwelchen metallenen Erwägungen heraus. Auf die Meinung des „Neuen Saarfürer“ ist gepfeifen! Wir verkünden einfach, daß wir leben wollen. Wir lassen uns weder Wohltaten aufzwingen, noch uns ungehört beherrschen. Ich betrachte alle die als erbärmliche Feiglinge, als Memmen und elende Regierungsknechte, die es nicht wagen, Front zu machen, wenn sie in so eklantenter Weise mißachtet werden. Bisher hat man den Willen der Bevölkerung in schmachlichster Weise ignoriert und jedes Gutachten in den Papierkorb geworfen. Da muß doch jedem politisch Denkenden die Schamröte auf dem Gesicht brennen, wenn er einfach stumm wie eine Mumie bleibt. Im Effekt kommt es auf eine Verhöhnung des ganzen Saarpvolkes hinaus.

Den Ausschlag zu unserer Delegation nach Genf gab die Absicht der Regierungskommission, die Gemeinden zu zwingen, auch ihrerseits den Franken einzuführen. Das ist ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Die Regierungskommission erstrebt mit ihren Maßnahmen die absolute Zentralgewalt über alles und das lassen wir nicht zu. Wir wollen nicht allen Regen- und Sonnenschein von der Alleestraße her haben. Die Menschheit ist aufgewacht; wir haben auch hier an der Saar keine Lust, uns durch andere bemuttern und beuteln zu lassen.

Die Industrie hier im Saargebiet ist unsere Existenz. Wenn die Werke geschlossen werden müssen, dann verliert nicht nur der Kapitalist seinen Profit, dann verliert auch der Arbeiter sein Brot und sein Einkommen. So berühren sich in der Tat die Extreme: Die Interessen des Kapitals mit denen des Proletariats. Die Arbeitervertreter in der Delegation waren nicht die Schleppenträger des Kapitals so wie die Kommunisten und die mit ihnen an einem Strang ziehen die Schleppenträger der westlichen Orientierung sind. Wir gaben dem Völkerverbund gegenüber den Wunsch zum Ausdruck, er möge eine Kommission ins Saargebiet schicken und diese Kommission solle nicht nur mit der Regierungskommission, sondern auch mit den

politischen Parteien, den Vertretern des Handels, des Gewerbes und der Industrie zusammen verhandeln. Wir sind in Genf empfangen worden von allen, die wir aussuchten, mit Ausnahme von dem Franzosen. (Auf einen Zwischenruf der Kommunisten antwortete Herr Schäfer: Jawohl, auch von dem Chinesen, aber die Chinesen stehen auf einer höheren Kulturstufe als wir!) Wir haben mit unseren Forderungen überall das größte Verständnis gefunden, wir haben die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das Saargebiet gelenkt. Der Delegierte Schwedens, Genosse Branting, hat uns auch versprochen, daß er bei sich bietender Gelegenheit zu uns nach dem Saargebiet kommen will. Die Delegation ist mit ihrem Erfolge in Genf zufrieden. Wir hätten wahrhaftig ein Recht, auch aus politischen Gründen gegen den Franken zu protestieren, aber unsere Handlungen in Genf waren lediglich von wirtschaftlichen Gründen bestimmt. Das letzte Diktat über Oberschlesien zeigt uns, daß tatsächlich Kräfte am Werke sind, um die Gemeinschaft des deutschen Volkes auseinanderzureißen. Die Welt hat Notiz vom Saargebiet genommen und so wie die vereinigten Körperschaften zum ersten Mal der Selbsthilfe sich zusammen fanden, so wird es auch bei vielen anderen sein müssen, ungeachtet des Gebelers des „Saarfürers“ und seiner Hintermänner. Sie wollen aus der Not der Saarbevölkerung politische Geschäfte machen. Krämer, von mir in Genf auf den voraussehbaren Ruin hingewiesen, hat mir erklärt: Selbstverständlich führt das zum Kladderadatsch, laß doch, lieber heute wie morgen! Nein, so geht das nicht, wir wollen weder heute noch morgen uns widerstandlos brechen lassen.

In beiden Versammlungen wurde nahezu einstimmig (im Saalbau wurden insgesamt nur 19 Gegenstimmen gezählt) folgende

Protestentschließung

angenommen:

„Über 40 000 im Stadtpark Ludwigsberg und im Saalbau versammelte Männer und Frauen der Stadt Saarbrücken befaßten sich mit der politischen und wirtschaftlichen Not der Saarbevölkerung. Sie wiederholen die bereits beim Regierungsantritt abgegebenen Erklärungen, daß sie, auf dem Boden des Friedensvertrages stehend, die Regierung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen bereit sind.“

Die Bevölkerung des Saargebiets setzt dabei voraus, daß die Regierung ihr Amt als richtige Treuhänderin ausübt und dabei die Allgemeininteressen des Saargebiets an die Spitze ihrer Handlungen stellt. Mit vielen von der Regierungskommission getroffenen Maßnahmen ist die Versammlung nicht einverstanden. Die Bevölkerung erwartet, daß die Regierung bei ihren Verordnungen und Gelehen die vor den erwähnten Vertretern abgegebenen Gutachten zur Grundlage nehmen wird. Dem von allen Bevölkerungsschichten wiederholt gestellten Verlangen auf Schaffung eines Saarparlamentes muß alsbald entsprochen werden.

Ferner verlangt die Versammlung umgehende Schaffung eines Wirtschaftsrates oder Kammer für das gesamte Saargebiet, in dem alle Industrien und Berufsgruppen einschließlich des Bergbaues ihre Vertretung finden.

Gegen die von der Regierungskommission getroffenen Maßnahmen, wodurch den Gemeinden die Erhöhung der Gehälter und Löhne in der Mark verboten und der Franken eingeführt werden soll, erheben die Versammelten Einspruch.

Sie protestieren gegen die damit verbundene Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden, erklären, daß das Vorgehen der Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet ist, die Lage aller übrigen auf die Mark angewiesenen Bevölkerungsschichten weiter zu verschlechtern.

Die Versammelten begrüßen den durch die Saardelegation beim Völkerverbund unternommenen Schritt und sprechen den Mitgliedern der Delegation als Vertretung der Saarbevölkerung ihr volles Vertrauen aus. Die der Delegation fälschlich unterstellten Absichten, die nur auf eine bedauerliche Irreführung und Vergiftung der öffentlichen Meinung hingen, werden mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Gegen den drohenden Ausverkauf der einheimischen Geschäfte, wodurch die Lebenshaltung der Bevölkerung unerschöpflich verteuert wird, verlangen die Versammelten sofortige gesetzliche Maßnahmen.

An die gesamte Saarbevölkerung richten die Versammelten die Bitte, unter Zurückstellung von parteipolitischen Interessen eine geschlossene Front zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und nationalen Interessen zu bilden.

Von dem Saargebietsvertreter in der Regierungskommission erwarten wir, daß er sein Amt niederlegt, wenn er nicht die Kraft in sich fühlt, die Interessen des Saargebiets wirksam zu vertreten.“

Ähnliche Kundgebungen fanden in Neunkirchen, in Wörlingen, in St. Wendel usw. statt. In Neunkirchen war Haupt-

redner des Abends der bekannte demokratische Pfarrer Becker. Er schickte seinem Vortrag drei Vorbemerkungen voraus: Die erste:

Wir wollen mit der heutigen Versammlung, die keinerlei chauvinistische oder völkerverheerende Tendenz hat, keine Volkseigenschaften aufwühlen. Wir wollen Frieden und Versöhnung der Völker, nicht Haß und Feindschaft. Die zweite ist für anwesende Späkel und Spione bestimmt, die, wenn sie ihr Amt nun einmal ausüben müssen, wenigstens der Wahrheit gemäß berichten, nicht aber Sätze aus dem Zusammenhang reißen und dadurch ein falsches Bild geben sollen. Die dritte geht an alle: Jedes Volk liebt seine Heimat, und Treue zum Volkstum ist eine Tugend. Der Franzose ist als glühender Patriot hierfür ein leuchtendes Vorbild, während er den Vaterlandsverräter verachtet. Auch wir haben auf diese Eigenschaften Anspruch, und deshalb muß man erwarten, daß man es nicht die entgelten lassen wird, die sich um der Saarlande Not bekümmern und helfen wollen, wie sie es nach ihrer Ueberzeugung tun müssen.

Er berichtete dann über den Eindruck, den die Saardelegation in Genf hinterlassen hat. Sie hatte Gelegenheit, mit allen maßgebenden Vertretern des Völkerbundes zu verhandeln; nicht zu sprechen war lediglich Léon Bourgeois, der Vertreter Frankreichs. Sehr interessant waren bei den Verhandlungen so manche Auslassungen, die dartin, wie mangelhaft man in Genf über die Verhältnisse im Saargebiet unterrichtet war. Einer der Vertreter der Mächte meinte, die fünf Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets seien doch Deutsche; ein anderer, der schon etwas „besser“ unterrichtet schien, war der Auffassung, das deutsche Mitglied der Regierungskommission sei doch von uns allen „gewählt“. Und ein dritter sagte, das einzige Aktivum des Völkerbundes sei die vorzügliche Saarregierung. (Stürmische Heiterkeit!) Was die Abordnung nun in Genf erreicht hat? Das weiß man nicht. Eines ist aber sicher: Die Aufmerksamkeit des Völkerbundes ist auf das Saargebiet gelenkt worden, nachdem wir in Genf mit Interesse und Verständnis angehört worden sind und einzelne Mitglieder, so u. a. der schwedische Sozialist Branting, erklärt haben, sie gedächten zur Information einmal selbst nach dem Saargebiet zu kommen.

Die Regierungskommission hat keine Veranlassung, die Genfer Reise als böswillige Opposition zu werten. Wir hatten von Anfang an Vertrauen zur Regierung, aber nach dem, was wir innerhalb Jahresfrist erlebt haben, ist unser heutiges Mißtrauen keineswegs unbegründet; die Regierung hat nichts getan, es zu zerstreuen, im Gegenteil. Was soll der französische Unterricht in den Schulen, was die Besatzung, die entgegen dem Friedensvertrag immer noch da ist? Wir verlangen ein Saarparlament, in dem wir unsere Forderungen zur Geltung bringen können. Wir sind keine Staatsbürger zweiter Klasse, sondern wollen sein freie Bürger im freien Staat, die sich in Geist und Kultur als Deutsche fühlen und ihr Deutschtum festhalten und bewahren wollen. Höher als alles steht die Gerechtigkeit. Deshalb geht unser Hilferuf hinaus in alle Welt: Gebt uns Gerechtigkeit! Damit wir uns als freie Menschen in freiem Lande betätigen können!

Die gewaltigen Kundgebungen, gegen die die belanglosen Demonstrationen der Frankenanhänger eindrucklos verliefen, haben bei der Saarregierung und in der Parallelstraße panischen Schrecken hinterlassen. Mit allen Mitteln verlogener Verheißung und Verdrehung wird versucht, den einmütigen Volkswillen an der Saar umzudeuteln. Das wird ihnen nicht gelingen, vielmehr darf erhofft werden, daß diese Kundgebungen, die als Vertrauensvotum für die Saardelegation und als Mißtrauensvotum für die Saarregierung gelten müssen, auch beim Völkerbund den Eindruck erwecken werden, daß manches und vieles im Saargebiet faul ist und daß es notwendig ist, dort einmal hineinzuleuchten. Diese Ueberzeugung ist anscheinend auch bereits bei der Regierungskommission aufgetaucht. Sie hat nämlich plötzlich ihre Stellungnahme in der Einführung der Frankenzahlung in den Gemeinden etwas geändert, weil ihr der wachsende Widerstand der Saarbevölkerung unangenehm geworden ist. Allerdings ist die Meinungsänderung nicht so zu verstehen, daß sie der Auffassung der großen Mehrheit der Bevölkerung beipflichtet. Sie kleidet vielmehr ihre revidierte Ansicht in eine sophistische Form, daß nur der Blinde die Schlingen nicht sieht, die die Regierungskommission gelegt hat, um ihre Opfer zu fangen. Um die Richtigkeit dieser Behauptung zu erkennen, studiere man folgendes Rundschreiben, das Herr Kautl namens der Regierungskommission der Stadtverwaltung Saarbrücken unterm 25. Oktober hat zugehen lassen:

Eine Anzahl Vertretungen von Gemeinden, Bürgermeistereien und Kreisen ist der Auffassung, die Vorschläge nicht annehmen zu können, die ich im Namen der Regierungskommission am 1. September d. Js. gemacht habe, um ihnen zu ermöglichen, unverzüglich eine Gleichstellung der Bezüge ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter mit denen ihrer Kollegen im Staatsdienst durchzuführen.

Die Regierungskommission ist in ihrer heutigen Sitzung erneut in eine eingehende Prüfung der Frage eingetreten.

Sie hält an ihrer Auffassung fest, daß sowohl aus Billigkeit wie aus Rechtsgründen (!) eine Gleichstellung der Geschäfte und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter der kommunalen Verbände mit denen des Staates durchgeführt werden müsse.

Andererseits bleibt sie der Ueberzeugung, daß dieses Ziel praktisch nur erreicht werden kann durch die in ihrer Sitzung vom 30. August für notwendig erachteten Maßnahmen. Bei dieser Sachlage kann sie nur ihren früheren Beschluß aufrecht erhalten, und alle Maßnahmen billigen, die ich seither zu seiner Ausführung getroffen habe. Geleitet von dem Bestreben, die Selbstverwaltung der Kommunen zu achten (!), will es die Regierungskommission trotzdem nicht ablehnen, auch jede andere Lösung zu prüfen, welche den vorbezeichneten Richtlinien Rechnung trägt.

Ich ersuche daher ergebenst, die Stadtverordnetenversammlungen, welche nicht die in meiner Verfügung vom 1. September enthaltenen Vorschläge angenommen haben, aufzufordern, mir mitzutellen, durch welche finanzielle Maßnahmen sie, ohne ihren Haushaltsplan aus dem Gleichgewicht zu bringen, und ohne zu einer Anleihe Zuflucht zu nehmen, imstande wären, trotz der fortschreitenden Entwertung der Mark ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern entsprechend deren Forderungen (!) Löhne und Gehälter zu gewähren, die denen der Beamten, Angestellten und Arbeitern des Staates gleichkommen.

Die Entschließung der Stadtverordnetenversammlung ist mir bis zum 10. November vorzulegen.

gez. Kautl Staatsrat.

Ein Redner bezeichnete dieses Schreiben des Herrn Kautl als eine Verhöhnung der ganzen Bevölkerung und des Stadtparlaments und kennzeichnete damit nur zu richtig dieses Dokument französischer Unehrllichkeit. Herr Kautl sagt nämlich in dem Schreiben nicht mehr und nicht weniger:

Die städtischen Beamten und Angestellten haben Gleichstellung mit den „staatlischen“ (wo ist der Staat?) Beamten in Mark gefordert. Gut, wir sind damit einverstanden; Ihr dürft Euren Beamten Markgehälter zahlen, die aber genau soviel ausmachen müssen, als wenn sie „staatlische“ Frankengehälter in Mark umgerechnet erhielten. Das Valutarisito hat die Stadt zu zahlen; sie darf aber ihren Haushalt nicht in Unordnung bringen, darf keine Anleihe aufnehmen — nun siehe du zu!

Die „Saarbrücker Zeitung“ will denn auch bereits erfahren haben, daß die Regierungskommission den Beschluß der Saarbrücker Stadtverordneten, auf Erhöhung der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter um durchschnittlich 50 Proz. abzulehnen würde. Diese Mitteilung wurde von „amtlicher Seite“ dementiert, da sämtliche Mitglieder der Regierungskommission mit Ausnahme Dr. Sectors z. Zt. in Paris weilten und somit zu dieser Frage noch nicht hätten Stellung nehmen können.

Das ist formell richtig; der Verdacht liegt aber nahe, daß die Stellungnahme der Regierungskommission zu allen kommenden Beschlüssen der Gemeindeverwaltungen bereits bei Abfassung des obigen Schreibens vorlag, dahingehend: Entspricht die Neuregelung der Gehälter und Löhne der städtischen Beamten usw. materiell nicht genau dem, was die „staatlischen“ Beamten usw. erhalten, so ist ein solcher Gemeindebeschluß abzulehnen! Das ist doch der ganze Sinn des mitgeteilten Schreibens.

Wui, über solche Regierungssophistereien. Die Erpressertaktik gegen die Lehrer und hier die Verhöhnung der Bevölkerung — sind das die Prinzipien völkerverbündlicher Verwaltungsdemokratie? Wie lange glaubt eigentlich die Regierungskommission solche „freiheitliche Regierungsweise“ ungehindert fortsetzen zu können?

In einer Besprechung der Bürgermeister und Landräte des Saargebiets, zu der die Saarregierung eingeladen hatte, brachte ihr Vertreter, wie gemeldet, unzweideutig zum Ausdruck, daß die Saarregierung einer Aufbesserung der Bezüge der kommunalen Angestellten in Mark unter allen Umständen ihre Genehmigung verweigern würde. In einem Falle ist bekannt geworden, daß die Saarregierung gegen einen Bürgermeister, der dennoch eine Vor-

Schulzahlung an die Angestellten seiner Gemeinde in Markt vorgenommen hatte, disziplinarisch vorgegangen ist. In der Stadtratsitzung von St. Ingbert hat die völlig eindeutige Aeußerung der Regierungskommission dazu geführt, daß beschlossen wurde, in dieser Frage das Verwaltungsgericht anzurufen.

Es unterliegt also keinem Zweifel, daß die Regierungskommission die Einführung der Frankenzahlung erzwingen will. Darüber läßt auch das oben mitgeteilte Schreiben keinerlei Zweifel. Die Reise der vier Regierungskommissionsmitglieder nach Paris läßt auch nur die eine Deutung zu, daß man sich neue Anweisungen für die Taktik holen will, da die bisher angewandte erfolglos geblieben ist. Man darf tatsächlich gespannt sein, wie weit die Regierungskommission im Namen Frankreichs die Verhöhnung des Völkerbundes und die Rechtsbeugung noch fortsetzen wird.

Ist das ein Mann?

Im Saargebiet herrscht allgemeine Empörung über das unverständliche Verhalten des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission Dr. Hector. Bekanntlich ist er als Nachfolger des Herrn von Boch, der die Gewaltpolitik der Regierungskommission in der Beamtenfrage nicht mitmachen wollte, durch den Völkerbund ernannt worden. Die Bevölkerung ist deswegen nicht nach ihrer Meinung gefragt worden. Er hat bei den deutschen Saarbewohnern bereits Unwillen erregt während seiner Tätigkeit als kommissarischer Bürgermeister von Saarlouis. Man sagt ihm Dinge nach, die alle guten Deutschen weit von Dr. Hector abrücken lassen. Er wird sich zu gegebener Zeit wegen dieser Vorgänge vor der Saarbevölkerung zu verantworten haben.

Die Frankenfrage hätte Herrn Dr. Hector Gelegenheit geben können und sollen, sich das Vertrauen der Bevölkerung an der Saar wenigstens in bescheidenem Umfange wieder zurückzugewinnen. Er hat hierzu jedoch keinen Schritt getan. Wäre es nicht männlich gewesen, wenn er als Vertreter des Saargebiets in der Regierungskommission dem Präsidenten dieser Kommission frei und offen gesagt hätte:

„Herr Präsident, die allgemeine Einführung der Frankenzahlung im Saargebiet ist im Versailler Vertrag nicht vorgesehen; nach seinen Bestimmungen ist die allein gültige Währungsmünze die Mark. Das Wirtschaftsleben an der Saar ist auf das deutsche Wirtschaftsleben aufgebaut und hängt aufs innigste mit ihm zusammen. Eine Erweiterung des Frankenumlaufs im Saargebiet bedeutet die Vernichtung des saarländischen Wirtschaftslebens. Das ist nicht meine Ueberzeugung, da ich nicht Volkswirtschaftler, sondern praktischer Arzt bin, das ist aber die Ueberzeugung aller Wirtschaftsfreunde des Saargebiets, aller unbeflügelten Arbeiter und fast der gesamten Bevölkerung. Das allgemeine Interesse der Saarbevölkerung liegt mir mehr am Herzen als mein eigenes Gefühl und meine eigene Meinung. So leid es mir tut, Herr Präsident, ich kann Ihre Frankenzahlungspolitik nicht mitmachen. Diese Politik kommt zwar den französischen Interessen und Wünschen weitestens entgegen; die wirtschaftlichen Folgen für das Saargebiet sind aber so katastrophal, daß sich daraus politische Folgen ergeben könnten, die nicht im Interesse Frankreichs liegen. Ich denke dabei nicht an die Interessen und Rechte Deutschlands im Saargebiet; denn in dieser Frage verrete ich vollständig Ihren persönlichen Standpunkt!“

Das hat Herr Dr. Hector dem Präsidenten Rault nicht gesagt. Zwar wurde in der „Saarbrücker Landeszeitung“ eine Nachricht veröffentlicht, nach welcher der saarländische Vertreter bei der Regierungskommission des Saargebiets beim Präsidenten Rault schärfsten Protest gegen die weitere Einführung des Franken im Saargebiet erhoben habe, beim Präsidenten Rault jedoch auf lebhaften Widerstand gestoßen sei. Auch habe Dr. Hector und das kanadische Mitglied Waugh in einem Kreise von Fachleuten der Industrie und des Handels sich dahin ausgesprochen, daß die Einführung oder der erweiterte Umlauf des Franken für das Saargebiet den wirtschaftlichen Ruin bedeute. Bis zur Stunde ist noch nicht aufgeklärt, was es mit dieser Meldung, die angeblich aus zuverlässiger Quelle stammen sollte, auf sich hat. Tatsache ist, daß Dr. Hector in der Saarpresse folgende Erklärung verbreiten ließ:

„Zu Ihrer Mitteilung betreffend Stellungnahme des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission zum weiteren Umlauf des Franken erkläre ich, daß die betreffende Notiz weder von mir stammt noch mit meiner Zustimmung in die Presse gekommen ist. Ich bin mit dem Herrn Präsidenten und den übrigen Mitgliedern der Regierungskommission der Ueberzeugung, daß die Einführung des Franken nicht aufzuhalten ist, da nach drei Jahren auf Grund des Friedensvertrages das Saargebiet zum französischen Wirtschaftskörper gehören wird.“

Dr. Hector.“

Das hat Herr Dr. Hector erklärt.

Dazu sagt die „Saarbrücker Zeitung“ u. a. folgendes:

„Was zunächst die Form dieser Erklärung anbetrifft, so fällt auf, daß einmal Herr Dr. Hector sich von einer Annahme refertiert, von der nirgends die Rede war, daß nämlich die Notiz von ihm herkam oder von ihm in die Presse gebracht worden sei, und daß er zum anderen seine Erklärung zugleich auch im Namen der sämtlichen Mitglieder der Regierungskommission abgibt. Hieraus deutet wenigstens der Wortlaut „und den übrigen Mitgliedern“ hin. Wir wissen nicht, ob das zutreffend ist.“

Zutreffend ist aber zweifellos nicht, daß nach drei Jahren auf Grund des Friedensvertrages das Saargebiet zum französischen Wirtschaftskörper gehört. Es ist das selbe Argument, dessen sich hier das französische Propagandablatt bedient, um die Herrschaft des Franken schmachhaft zu machen. Wenn es hier aber als die Auffassung des saarländischen Vertreters wiederholt wird, so soll das nicht unwidersprochen bleiben. Der Friedensvertrag selbst spricht nicht von der Zugehörigkeit des Saargebiets zum französischen Wirtschaftskörper, das stünde auch in einem Widerspruch zu der gewissen Selbständigkeit, die das Saargebiet als Gebilde des Völkerbundes unter einer gesonderten Verwaltung erlangt hat. Der Friedensvertrag setzt nur fest, daß nach Ablauf von 5 Jahren das französische Rollsystem im Saargebiet zur Anwendung gelangen soll, und das noch nicht einmal in vollem Umfange, denn die Erzeugnisse der Saargüterindustrie unterliegen auch nach Ablauf dieser 5 Jahre bei ihrer Ausfuhr nach dem Deutschen Reich ebenso wie dem französischen Rollsystem wie die deutsche Ausfuhr für die Industrien des Saargebietes. Diese Ausnahmebestimmung beweist klar, daß selbst der Friedensvertrag die Zusammenhänge der Saarindustrie mit dem deutschen Wirtschaftskörper nicht zerreißen will. Widerspruch muß aber der falschen Auffassung werden, als ob wir mit der Unterstellung unter das französische Rollsystem im französischen Wirtschaftskörper restlos aufgehen. Damit kann man eine Stellungnahme für den Franken, der nachgewiesenermaßen mit der weiteren Zunahme seiner Herrschaft die Saarindustrie lahmzulegen droht, nur heralisch schlecht begründen.“

Eigentlich ist es eine peinliche Sache, daß ein sogenannter „Minister“ — wie Dr. Hector sich so gern titulieren läßt —, sich von einem — nach Meinung dieses Herrn „Ministers“ — unmöglichen Presseorgan eine Belehrung über Bestimmungen geben lassen muß, die ihm überhaupt erst seine Existenz gaben. Das ist gewiß eigenartig. Eigenartiger aber ist, was über diesen „Mann“ Hector in der Presse verbreitet wird; nämlich:

„Am Montag, den 10. Oktober, fand eine Sitzung der Regierungskommission statt, in der über die Einführung des Franken als des allgemeinen Zahlungsmittels für das Saargebiet beraten wurde. Bei der sich anschließenden Abstimmung gab Dr. Hector für die Einführung des Franken seine Stimme ab.“

Am Dienstag, den 11. Oktober, sprach Dr. Hector bei dem Präsidenten Rault vor, um gegen die allgemeine Einführung des Franken zu protestieren. Präsident Rault soll hierauf Dr. Hector höflich die Tür gewiesen haben.

Am Mittwoch, den 12. Oktober, fuhr Dr. Hector bei der Regierungskommission vor, um sich wegen seiner Stellungnahme in der Frankenfrage am Dienstag zu entschuldigen und ein Dementi in der Presse zu erlassen!“

Angesichts dieser Feststellung ist tatsächlich die Frage angebracht: Ist das ein Mann? Weiteres dazu zu sagen, erübrigt sich. Wie er im Saargebiet beurteilt wird, hat er aus den Riesenversammlungen in allen Teilen des Saargebiets entnehmen können. Wir bezweifeln, daß er im Saargebiet ein Dukend Vertrauensleute aufbringen kann, die ihm wirkliches Vertrauen schenken. Ueber das Urteil des Präsidenten Rault über ihn wird Dr. Hector sich wahrscheinlich selbst vollkommen im klaren sein. Das ist der „Mann“, den der Völkerbund als Vertreter des Volkes an der Saar in die Völkerbundskommission setzte.

Wahrlich, es wird Zeit, daß der Völkerbund im Saargebiet nach dem Rechten sieht.

Eine richtige Antwort. Das britische Konsulat in Leipzig hatte an den Oberbürgermeister ein Schreiben gerichtet, in welchem Abschrift des Geburtszeugnisses eines der Reformierten Kirche angehörigen Leipzigers gebeten wurde. Das Schreiben ist in englischer Sprache abgefaßt. Wie die „Leipziger Abendpost“ mitteilt, ist auf das weitergeleitete Schreiben folgende Antwort erteilt worden:

An das britische Konsulat in Leipzig zurück mit dem ergebensten Bemerken, daß trotz Versailles in Deutschland noch immer die deutsche Sprache die Amtssprache ist und daß ich es aus Gründen des nationalen Ehrgefühls ablehnen muß, die gewünschte Auskunft zu erteilen, solange sie nicht in deutscher Sprache erbeten wird.

Hochachtungsvoll und ergebenst R. Mühlhausen, ev. reformierter Pfarrer.

Briands „freiheitliche Regierungsweise im Saargebiet“.

In einer der letzten Kammeritzungen kam der französische Ministerpräsident auch auf das Saargebiet zu sprechen. Nach den bisher bekannt gewordenen Pressenachrichten sagte er darüber u. a. wörtlich: „Im Saargebiet ist man sehr zufrieden mit unserer freiheitlichen Regierungsweise“. Dieser Ausspruch hat mit Recht im Saargebiet außerordentlich überrascht — im übrigen Deutschland hat man ihn leider kaum beachtet. Und doch ist er von überragender Bedeutung für das Saargebiet, da in ihm zum Ausdruck gebracht wird, daß nicht der Völkerbund, sondern Frankreich die Regierung im Saargebiet in Händen hat. Ganz vertragswidrig natürlich, denn nach den Bestimmungen des Saarbedenkens soll das Saargebiet vom Völkerbund verwaltet werden. Da sich Frankreich aber grundsätzlich an die Bestimmungen von Versailles nicht hält, wenn es nicht in seine Politik paßt, so sieht im Saargebiet nach dem Ausspruch Briands keine Völkerbunds-, sondern eine französische Verwaltungskommission. Unter diesem Gesichtswinkel wird allerdings auch mancherlei verständlich, was sich in den letzten anderthalb Jahren im Saargebiet zugetragen hat.

Seit dem Amtsantritt der Regierungskommission macht sich im Saargebiet eine ununterbrochene Linie in der Politik bemerkbar, die auf die Franzöisierung und Annektierung des Saargebietes hinausläuft. Die Frankenispolitik ist in dieser Linie besonders markant hervortretend.

Wir haben darüber im einzelnen regelmäßig be-

richtet. Heute wollen wir zur Ergänzung des bisherigen Bildes folgende Fälle anfügen:

Der A.-G. für Straßenbahnen im Saartal hatte die Regierungskommission das Angebot gemacht, ihr die gleichen Frankenzuschüsse für die Bezahlung ihrer Beamten zu machen, wie den Gemeindeverwaltungen. Der Aufsichtsrat der Straßenbahn-Gesellschaft hat jedoch das Anerbieten der Regierungskommission abgelehnt. Wenn dieses Frankenangebot der Saarregierung nicht allein zu dem Zweck gemacht wurde, um in der Franzöisierung des Saargebietes einen weiteren Schritt vorwärts zu kommen, dann möchten die Saarbevölkerung und wir die Gründe gern erfahren, die die Saarregierung mit ihren Zuschüssen so freigebig sein läßt. Wir fragen:

1. Will die Regierungskommission die aus der Landeskasse gewährten Zuschüsse auf dem Wege der Steuererhebung von der Saarbevölkerung wieder einziehen, oder

2. Sind der Saarregierung für derartige Frankenzuschüsse von anderer Seite entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt worden?

3. Wenn letzteres zutrifft, stammen diese Mittel von der französischen Regierung?

Obwohl wir wissen, das Präsident Kautz weder uns noch anderen diese Fragen aufrichtig beantworten wird, — weil sie eine sehr delikate Angelegenheit betreffen — so halten wir es doch notwendig, sie hier in der Öffentlichkeit zu stellen, um zu gegebener Zeit darauf zurückzukommen.

Der Frankendruck der Regierungskommission auf die Gemeinden hat noch nicht nachgelassen. Die Ablehnung des Frankenbefehls durch die große Mehrzahl der Saargemeinden hat in einigen Orten zu Zwistigkeiten mit den Gemeindeführern und Angestellten geführt. Es macht sich hier ganz offensichtlich der Einfluß bezahlter Agitatoren bemerkbar, durch die die Gemeindeführer aufgehetzt werden, zur Verbesserung ihrer Einkünfte die Frankenzahlung zu fordern. Das ist u. a. geschehen in St. Ing-

bert, in Völklingen, bei der Saarbrücker Straßenbahn usw. Besonders kritisch gestaltete sich die Angelegenheit in St. Ingbert. Die Stadtverordneten haben die Frankenzahlung regelmäßig abgelehnt; der Beschluß, eine Neuregelung der Gehälter und Löhne in Markzahlung vorzunehmen, fand nicht die Zustimmung der Saarregierung. Durch bezahlte Provokateure hat man einige von den städtischen Arbeitern zu veranlassen gewußt, an die Stadtverwaltung nunmehr mit der Frankenforderung heranzutreten. Von interessierter Seite war man ferner an den Regierungsrat Dr. Maurer herangetreten, um auf die Saarregierung einzuwirken, daß diese ohne Einwilligung des Stadtrates den städtischen Arbeitern den Franken zuspochen möchte. Die Regierungskommission hat aber erklärt, daß hierzu keine rechtliche Grundlage vorhanden sei. Inzwischen traten die städtischen Arbeiter in den Streik, wodurch die Gas- und Wasserwerke außer Betrieb gesetzt wurden. Schließlich wurde die Angelegenheit dadurch beigelegt, daß in einer späteren Sitzung des Stadtrats, mit 11 gegen 10 Stimmen die vorläufige Frankentlohnung für die städtischen Arbeiter und Angestellten beschlossen wurde. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte hierbei in einer Entschließung, daß sie der Saarregierung auf Grund ihres diktatorischen Vorgehens in dieser Sache die Verantwortung überlasse. Vorher hatte die Saar-

regierung bereits durch Verfügung die Frankenzahlung an die städtischen Beamten gefordert.

Ähnlich entwickelten sich die Verhältnisse in Völklingen. Der Gemeinderat stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß das Verhalten der Regierungskommission einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden darstelle. Ihre Verfügungen stehen in trassem Widerspruch zur rheinischen Landgemeindevorgabe. Es wurde daher scharfster Protest gegen

dieses dem Gesetz zuwiderlaufende Gebaren der Saarregierung erhoben. Da auch in diesem Falle die Saarregierung von ihrem diktatorischen Standpunkt nicht abging, die Gemeindevertretung aber eine Verantwortung für eine Gehalts- und Lohnzahlung in Franken nicht übernehmen wollte, da der Gemeinde keine Frankeneinnahmen zur Verfügung stehen, so versuchten auch hier die städtischen Angestellten und Arbeiter, von bestimmter Seite aufgehetzt, die Frankenzahlung zu erzwingen, indem sie in den Streik traten. Dieser wurde dadurch beendet, daß, wie die „Völklinger Nachrichten“ mitteilen, die Saarregierung die Auszahlung des Frankenausgleichs für die Monate Oktober und November genehmigte, so daß sämtliche Gemeindebedienstete auch ohne Frankenzahlung eine außerordentliche Gehaltserhöhung erhalten würden.

Die Gehaltsregelung der städtischen Bediensteten beschäftigte am 25. Oktober erneut auch die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken. Es wurde beschlossen, sämtlichen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern eine Gehaltszulage von durchschnittlich 50 Prozent, und zwar in Mark, zu gewähren. Bei der Stadtverwaltung war ein Schreiben der Regierungskommission eingelaufen, in welchem sie mitteilt, daß die Regierungskommission sich erneut mit ihrer Verfügung vom 30. August d. J. (Frankenbefehl) beschäftigt habe. Sie sei dabei erneut zu der Auffassung gekommen, daß sie ihren bisher eingenommenen Standpunkt in der Frankenfrage bei den Gemeinden beibehalten müsse. Nachdem jedoch eine größere Anzahl von Gemeinden diesem Standpunkt nicht beigetreten sei, so überlasse sie es der Stadt Saarbrücken, eine ihr geeignet erscheinende Lösung zu suchen. Sie wäre grundsätzlich bereit, einer solchen Lösung beizustimmen, wenn sie der Regierungskommission einen Weg angebe, der ihr ermöglicht, die von ihr angestrebte Lösung zu finanzieren, ohne den städtischen Etat durch neue Anleihen usw. neu zu belasten.

Die „Saarbrücker Zeitung“ will jedoch erfahren haben, daß der oben mitgeteilte Beschluß der Stadtverordnetenversammlung



Saarpartie an der Luisenanlage.

dennoch nicht die Genehmigung der Regierungskommission finden werde.

Diese Auffassung ist durchaus glaubhaft, wenn man über folgenden Sachverhalt unterrichtet ist, der in der genannten Zeitung wie folgt wiedergegeben wird:

Der Vorsitzende des Saarländischen Philologenverbandes wurde am Montag, 17. Oktober, zur Regierung bestellt. Professor Rotton legte ihm einen Brief des „Ministers“ Moltke vor, worin ausgeführt war, die Genfer Delegation habe in ihrem Memorandum gesagt, der Lehrerschaft sei der Frank gegen ihren Willen aufgezwungen worden. Er, der „Minister“ wünsche die Namen derjenigen kennen zu lernen, die die Franken ablehnten. Professor Rotton gab darauf dem Vorsitzenden folgenden amtlichen Auftrag an sämtliche Mitglieder der Kollegien:

„Diejenigen, die Frankenbefolgung haben und ablehnen, sollen sich bis Freitag beim Vorsitzenden des Saarländischen Philologenverbandes, Studienrat Dr. Arens, melden oder sonst wie ihren Willensentschluss an die Regierung gelangen lassen; dann wird ab 1. November die Zahlung in Mark nach den alten Sätzen erfolgen.“

Den Direktoren der höheren staatlichen Schulen ging die Aufforderung Donnerstag zu, bis Freitag sollten sich alle Lehrer dieser Schulen erklären haben. Zu beachten ist die Zustellung der amtlichen Aufforderung durch den Philologenverband, obwohl eine große Zahl von Lehrern der höheren Schulen nicht Mitglied des Verbandes sind. Erfolgt eine Erklärung nicht, dann wird vermutlich der Minister erklären: Die Behauptung der Genfer Delegation, die Regierung habe der Lehrerschaft den Frank aufgezwungen, ist falsch. Gerüchtweise verlautet, daß auch die anderen Lehrer und die Gerichtsbeamten eine ähnliche Aufforderung erhalten haben. Die Beamten befürchten zum Teil Repressalien der Regierung, wenn sie sich in dem jetzigen Stadium der Angelegenheit gegen den Frank erklären, ganz abgesehen davon, daß sie mit den alten Gehaltsätzen, die sie in Mark bekommen sollen, nicht leben können.

Hierzu bemerkt die „Saarbr. Ztg.“: Die Saarregierung hat in ihrem Bericht an den Völkerbund bekanntlich die Versicherung abgegeben, daß sie in der Frankenfrage eine streng neutrale Haltung einnehme. Mit dieser Versicherung steht aber das Vorgehen, wie es in der obigen Zuschrift geschildert wird, in einem auffälligen Gegensatz. Die Ankündigung, daß diejenigen, die sich namentlich als Gegner des Franken erklären, auf ihre alten Markbezüge reduziert werden sollen, stellt zweifellos einen starken Druck (besser eine regelrechte Erpressung D. S. Fr.) dar, eine Erklärung gegen den Frank zu unterbinden, weiterhin wird auch die Angabe des Namens die Befürchtung erwecken, daß die Regierung bei einer sich bietenden Gelegenheit auf die weiteren Dienste dieser Beamten verzichten könnte. An sich sollte man ein solches Vorgehen einfach für unglaublich halten, denn es kann das Verhältnis zwischen Beamenschaft und Regierung nur erschüttern. Hier wäre wohl eine Veranlassung, daß die Regierungskommission als solche Stellung nimmt zu dem Vorgehen eines Ressortministers, das nicht entschieden genug verurteilt werden kann. Solche Druckmittel können schließlich wohl zu einer Einschüchterung der Beamenschaft führen, müssen letzten Endes aber doch ihren Zweck verfehlen, da das Vorgehen, mit dem hier der Saar-Delegation in Genf Abbruch getan werden soll, dem Völkerbund sicher nicht unbekannt bleiben wird. Wir erwarten einstweilen noch, daß die Saarregierung die Maßnahmen des genannten Ressortministers rückgängig macht, da sie ein unzulässiges Mittel persönlicher Beeinflussung darstellt.

Leider wird man auf diesen Schritt der Regierungskommission vergeblich warten, da sich das Vorgehen des Herrn Moltke

durchaus in dem Rahmen der „freiheitlichen Regierungsweise“ Briandscher Ankündigung bewegt.

Besonders kennzeichnend für die „große Zufriedenheit“ der Saargebietsbevölkerung über die freiheitliche französische Regierungsweise“ ist folgende Nachricht:

Dem Internationalen Arbeitsamt ist eine Petition der deutschen Gewerkschaftsverbände zugegangen, die sich für eine Intervention gegen die von der Regierung des Saargebietes unter der Verantwortung des Völkerbundes durchgeführte **arbeiterfeindliche Politik** ausspricht, insbesondere gegen die Ausschaltung der den Arbeitern nach den neuen Reichsgesetzen zustehenden Koalitionsrechte und gegen die Desorganisation des wirtschaftlichen Lebens durch die fortgesetzte Ausdehnung der Frankenwährung. Dieser Schritt der deutschen Gewerkschaftsverbände kennzeichnet besser als jede andere Tatsache das autoritäre und unsoziale Regime, das im Namen des Völkerbundes an der Saar ausgeübt wird. Gelegentlich des Beamtenstreiks im August v. J. äußerte sich ein Mitglied der Saarregierung dem Vertreter einer Berliner Zeitung über die Ziele, die die Saarregierung angeblich verfolgt: „Der Geist des sozialen Ausgleichs soll an der Saar walten; wir werden im Saargebiet einen Arbeiterstaat errichten!“ Die Entwicklung der Dinge im Saargebiet hat aber gezeigt, daß die sozialen Errungenschaften, die die Arbeiter an der Saar unter deutschem Regime errungen hatten, durch die Saarregierung immer mehr und mehr eingeschränkt wurden, so daß sich heute die deutschen Gewerkschaften um Schutz für die Arbeiterschaft an der Saar gegen die arbeiterfeindliche und unsoziale Politik der Saarregierung an das internationale Arbeitsamt wenden müssen.

Das sind einige wenige Ausschnitte aus der jüngsten Zeit der französischen „freiheitlichen Regierungsweise“, über die man nach Briands Ausführungen in der französischen Kammer im Saargebiet so sehr zufrieden sein soll. Die gewaltigen Kämpfe, die in den letzten Monaten im Saargebiet gegen die Regierungsmethoden geführt wurden, sehen allerdings nicht danach aus, als ob die Zufriedenheit der Saargebietsbevölkerung über diese Regierungsweise besonders groß ist. Wir werden es uns zur besonderen Aufgabe machen, solche „zufriedenen“ Äußerungen der Saargebietsbevölkerung über die sonderbaren Verwaltungsmaßnahmen im Saargebiet zu registrieren, damit sie dem Völkerbund zu gegebener Zeit vor Augen geführt werden können. Denn nach

den Bestimmungen des Saarbeden-Abkommens soll eigentlich der Völkerbund die Aufsicht im Saargebiet führen, obwohl sie ja tatsächlich und auch nach den Angaben Briands von Frankreich ausgeübt wird.

Rechtsbrüche, Vergewaltigungen — nichts weiter; wer wird sich darüber im Zeitalter der „Völkerbundsdemokratie“ und des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ allzusehr aufregen!

Die Saarregierung ruft die Kommunisten zu Hilfe.

Angeichts der gewaltigen Kundgebungen der Saarbevölkerung in der Frankenfrage und angesichts der Entsendung einer Abordnung nach Genf ist es der Saarregierung anscheinend doch etwas ungemütlich geworden, und sie versucht nun auf Umwegen ihre Position zu stärken. An den Kommunisten des Saargebiets hat die Saarregierung in ihren Französisierungsbestrebungen ihre einzige Unterstützung, da sämtliche anderen Parteien die Politik der Saarregierung bekämpfen. Da verschiedene Demonstrationen



Saarbrücken: Bild vom Schlossgarten im Jahre 1902.

die sich für die Einführung der Frankenwährung aussprechen sollten, ein klägliches Fiasko erlitten haben, so verschieben sich die Kommunisten den Berliner „Nationalökonom“ Wurm, Mitglied der KPD, der die Situation anscheinend retten sollte. Es ist nun merkwürdig, daß Herr Wurm als Politiker die Einreise und sein Vortrag im Saargebiet ohne weiteres von der Saarregierung gestattet wurden, während anderen deutschen Persönlichkeiten, die lediglich Kulturvorträge halten wollten, die Einreise in das Saargebiet verweigert wurde. Herr Wurm sollte über die Zweckmäßigkeit der Frankenwährung im Saargebiet sprechen. Nach den Mitteilungen der Presse des Saargebietes hat er die Aufgabe nicht restlos im Sinne der Saarregierung gelöst. Während diese nämlich in ihren verschiedenen Berichten an den Völkerbund mitteilte, daß der größte Teil der Saargebietsbevölkerung die Einführung der Frankenwährung gefordert habe, stellte Herr Wurm fest, daß die Frankenforderer nicht die Mehrheit der Saargebietsbevölkerung hinter sich hätten. Im übrigen wirkten die Ausführungen des Herrn Wurm zum Teil außerordentlich erheiternd, da er sich, der wohl zum ersten Male das Saargebiet betrat, als Kenner der Verhältnisse aufspielte. Daß er dabei wiederholt erheblich daneben haute, ist durchaus begreiflich. Da sich jedoch nur eine geringe Anzahl von Zuhörern eingefunden hatte, so fielen die Entgleisungen des Berliner Wurm nicht allzuweh auf. Seine Erfahrungen in Saarbrücken haben anscheinend Herrn Wurm veranlaßt, zu seinen weiteren vor- gesehenen Vorträgen, z. B. in Bülbingen, rechtzeitig den Zugang zu verpassen, so daß an seiner Stelle andere Redner auftreten mußten, die mehr im Sinne der Regierungskommission das Frankenproblem behandelten. Die Reihe des Herrn Wurm in das

nehmen sollen, sie müßten verstummen. Diese Annahme ist allerdings falsch; denn der Aufsteiger mit den klingenden Franken treibt sie immer wieder zu neuen Schimpfanonaden, zu neuen Verleumdungsaktionen, in der Hoffnung, es könnte doch davon etwas hängen bleiben.

Leider haben sich zu dieser unsauberen Taktik auch einige Arbeiterführer kaufen lassen, die bisher den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörten. Die sozialdemokratische Partei hat jedoch nicht geruht, bis die Angelegenheit des Protesttelegramms aufgeklärt wurde. Eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei rückte von den Unterzeichnern des Telegramms und den vorgeschobenen Veranstaltern der Frankendemonstration in Saarbrücken, Loew, Blunt und Frank entschieden ab und stimmte einer Vertrauenskundgebung für die Genfer Delegation einstimmig zu. Welcher Schwindel bei diesen Frankendemonstrationen getrieben worden ist, ergibt sich u. a. aus der Tatsache, daß Loew, der angab, im Namen des deutschen Eisenbahnerverbandes zu sprechen, hierzu keinerlei Auftrag hatte.

Die Ermittlungen über das Zustandekommen des fraglichen Telegrammes haben folgendes überraschende Ergebnis gezeigt:

1. Löw hat das Telegramm gegen die Stimmen sämtlicher Funktionäre, die in der entscheidenden Sitzung des Eisenbahnerverbandes anwesend waren, unterzeichnet.

2. Blunt, der für den Metallarbeiterverband unterschrieb, hat nach der eigenen Mitteilung Löws ohne Auftrag gehandelt.

3. Frank, der anfänglich für die Genfer Delegation eingetreten war, gibt nun zu, die Tragweite und Unflughheit seiner Handlung bei der Unterschrift nicht übersehen zu haben. Er würde das Telegramm ein zweites Mal nicht unterschreiben!



Von der Bahnhofstraße nach dem St. Johanner Marktplatz.

Saargebiet zur Unterstützung der Annexionspolitik Frankreichs beweist jedoch, daß die Saarregierung ihre Position nicht als sehr gefestigt betrachtet und nunmehr alles aufbietet, um ihre Stellung neu zu sichern. Sie weicht in diesen Bemühungen sogar von ihrer bisher streng beobachteten Gepflogenheit ab, deutschen Politikern im Saargebiet das Sprechen zu verhindern.

Im übrigen spielen die Kommunisten im Saargebiet genau dieselbe Rolle, die die Speyerer Kommunisten gelegentlich der Widerkürmerie gespielt haben. Es hat sich unwiderprochen ergeben, daß die Speyerer Kommunistenführer mit dem französischen General und Kreisdelegierten de Meix an einem Strange zogen, um den französischen Bestrebungen im Rheinland zu Erfolgen zu verhelfen. Dasselbe muß leider von den Kommunisten des Saargebietes gesagt werden. Sie haben sich, wie seinerzeit Beder, Wilhelm, Heiterich und Genossen bei der Einführung der Frankenwährung auf den Saargruben vollständig dem französischen Franken und damit der französischen Annexionspolitik im Saargebiet verschrieben. Die Kommunisten sind es auch gewesen, die nach den Anweisungen des Majors Richert der Saardelegation mit dem bereits bekannten Schwindeltelegramm „Im Namen von 100 000 Arbeitern“ in den Rücken fielen. Das französische Schmutzblatt in der Parallelstraße mußte hierzu den notwendigen Radau schlagen. Und das hat es im reichlichsten Maße getan. Was diese elenden Kreaturen seit der Entstehung der Saardelegation an Verleumdung, Unwahrhaftigkeiten und Beleidigungen geleistet haben, kann beim besten Willen nicht wiedergegeben werden. Es ist nur erfreulich, daß die deutsche Bevölkerung und die deutsche Presse des Saargebietes diesen käuflichen Seelen die Antwort nicht schuldig geblieben sind, sondern sie in einer Weise entlarvt haben, daß man hätte an-

Noch bezeichnender ist das Zustandekommen der Demonstrationen. Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß diese im Auftrage der Regierungskommission inszenierten Demonstrationen zugunsten der Frankenwährung aus der Landeskasse bzw. aus den Verwaltungskassen der Verkehrsanstalten bezahlt wurden. Das beweisen zwei Anschläge, die auf der Eisenbahnhauptwerkstätte in Saarbrücken-Burbach bekanntgegeben wurden und in denen es heißt: „Die versäumten zwei Stunden für Frankendemonstration werden im Tariflohn weiterbezahlt. Abteilung Graz.“ Ferner: „Laut Verfügung tritt für die am Montag versäumte Arbeitszeit kein Lohnausfall ein. Abteilung Palm.“

Die Eisenbahndirektion Saarbrücken für die Saareisenbahnen untersteht direkt der Saarregierung. Wenn in dem einen Anschlag gesagt wird „Laut Verfügung“, so heißt das, daß die Saarregierung der Eisenbahndirektion entsprechende Anweisungen gegeben hat. In der „Saarbrücker Landeszeitung“ wird berechnet, daß für die Eisenbahner, die aus der Eisenbahnwerkstätte Burbach an der Frankendemonstration teilnahmen, allein 57 000 Mark zu zahlen sind. Aus verschiedenen Andeutungen in der Presse des Saargebietes geht hervor, daß auch den übrigen Demonstranten entsprechende Vergütungen für entgangenen Arbeitsverdienst gezahlt wurden. Es wäre interessant, zu erfahren, wie die Saarregierung derartige Ausgaben dem Völkerbund gegenüber begründen will, ohne sich den Vorwurf zu verdienen, Gelder der Landeskasse auf Kosten der deutschen Saarbevölkerung zu französischen Agitationszwecken verwendet zu haben. Derartige Manipulationen kann sich allerdings die Saarregierung nur deshalb erlauben, weil ihr Budget keinerlei Kontrolle unterworfen ist.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Trotz allen wilden Lärms und aller Verunkelungsversuche der französischen Saarpolitiker scheint

die Reise der Saarabordnung nach Genf

nicht erfolglos gewesen zu sein. Wie bereits gemeldet, ist die Denkschrift über die wirtschaftliche Notlage des Saargebietes offiziell dem Völkerbund überreicht worden. Eine Genfer Meldung besagt, daß der Rat des Völkerbundes im Dezember eine neue Tagung abhalten wird, auf deren Tagesordnung die Frage der Frankenwährung für das Saargebiet steht. Wenn nichts anderes erreicht sein sollte, so doch mindestens das, daß der Völkerbund sich bemüht sieht, im Saargebiet einmal nach dem Recht zu sehen. Man wird ja abwarten haben, ob die Saarregierung angesichts dieser Tatsache den Mut finden wird, ihren Frankenbefehl an die Saargemeinden weiter zu verfolgen und ihre Frankenpolitik in gleichem Sinne weiterzuführen. Es will aber jedenfalls sehr viel sagen, daß der Saarabordnung ein hervorragendes Mitglied des Völkerbundes erklärte: „Ich bin erstaunt, derartige Klagen aus dem Saargebiet zu hören, da wir auf Grund der Berichte der Saarregierung annehmen, daß an der Saar ein glückliches Volk lebt. Danach muß angenommen werden, daß wir über die Verhältnisse im Saargebiet irreführt worden sind!“

Es hat in den Kreisen des Völkerbundes außerordentlich peinlich berührt, daß gerade im Saargebiet, das dem Schutze des Völkerbundes direkt untersteht, sich unter der Völkerbundskommission Verhältnisse entwickelt haben, die mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht in Einklang zu bringen sind.

Der Völkerbund hatte bereits in seiner früheren Sitzung verschiedene

Änderungen für das Saargebiet

beschlossen, die aber, wie sich die Völkerbundsmitglieder jetzt überzeugen mußten, nicht zur Durchführung gekommen sind. So ist bereits angeordnet worden, daß allen aus dem Saargebiet ausgewiesenen Personen die Rückkehr ermöglicht werden soll. Falls die Regierungskommission dagegen Einspruch erheben sollte, behält sich der Völkerbund die Entscheidung darüber vor. Die Kopfzahl der im Saargebiet noch anwesenden französischen Besatzungstruppen sollte bereits verringert sein, da die im Saarbedenabkommen vorgesehene örtliche Gendarmerie allmählich auf- und ausgebaut sein sollte. In allen diesen Punkten sind die Anweisungen des Völkerbundes an die Saarregierung nicht sinngemäß befolgt worden. Der Völkerbund hat daher beschlossen, auf die Durchführung seiner Anordnungen mehr Nachdruck zu legen. Ferner wurde beschlossen, alle Beschwerden aus den Kreisen der Saarbevölkerung an die Regierungskommission künftig auch zur Kenntnis des Völkerbundes gelangen zu lassen.

Die Regierungskommission hat es bisher immer glänzend verstanden, über die Entscheidungen und Mitteilungen des Völkerbundes hinsichtlich des Saargebietes Stillschweigen zu bewahren. Deshalb ist bisher auch nichts über diese Beschlüsse des Völkerbundes bekannt geworden. Die Regierungskommission versucht vielmehr, in der Bevölkerung den Eindruck bestehen zu lassen, als sei die Bevölkerung unter allen Umständen der Gnade oder Ungnade der Regierungskommission ausgesetzt. So versucht sie z. B., trotz ihrer Verordnung über die Nichtzuständigkeit der französischen Kriegsgerichte im Saargebiet, in der Bevölkerung die Auffassung bestehen zu lassen, als müsse jeder Bewohner des Saargebietes irgendwelchen Anordnungen französischer Kriegsgerichte Folge leisten.

Hoffentlich wird im Saargebiet dafür Sorge getragen, daß die Entscheidungen und Anordnungen des Völkerbundes an die Saarregierung bekannt und von der Regierungskommission beachtet werden.

Das wäre schon ein beachtlicher Erfolg, den die Saardelegation in Genf erzielt hätte.

Aufgabe einer neutralen Saarregierung

müßte es nach dieser Befundung des Volkswillens an der Saar sein, die Ruhestörer und Volksaufwiegler, wie sie in den Drahtziehern der Frankenpropaganda zu suchen sind, vor die ordentlichen Gerichte zu stellen und sie wegen Landesverrats aburteilen zu lassen. Aber leider geschieht das Gegenteil. Diejenigen Kreise, die die wirklichen Vertreter und Kenner des Saargebietes sind und die wissen, was die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Saargebietes mit Deutschland verlangen, werden in gemeinster Weise verdächtigt. Es ist aufreizend und empörend zugleich, wie das französische Propagandablatt, das Schmutzorgan unter der Leitung von Gefinnungslumpen sich ungestört erdreisten darf, gegen die heiligen Gefühle der Saar-

gebietsbevölkerung zu Felde zu ziehen, daß Major Richter als Leiter der französischen Propaganda im Saargebiet ungehindert seine Tätigkeit im Saargebiet ausüben, seine Instruktionen von Paris empfangen und die Bestimmungen des Versailler Vertrags über das Saargebiet so ausdeuten darf, wie es Frankreich für wünschenswert hält.

Die Regierungskommission holt sich in Paris neue Anweisungen!

Wie von „amtlicher“ Seite aus Saarbrücken mitgeteilt wird, befinden sich sämtliche Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes mit Ausnahme des saarländischen Mitgliedes Dr. Hector in Paris. Dieser Aufenthalt des gesamten saarländischen Verwaltungskollegiums in Paris wird im Saargebiet mit großer Aufmerksamkeit und Beunruhigung vermerkt. Die Tatsache, daß in einer der letzten Kammeritzungen Briand erklärte, daß die Saarregierung nach den Richtlinien der französischen Regierung arbeite, in Verbindung mit dem jetzigen Aufenthalt der Regierungskommission in Paris wird dahin gedeutet, daß Frankreich vom Völkerbund in Fragen des Saargebietes gewisse Zugeständnisse erhalten hat, die gleichbedeutend mit der verwaltungsrechtlichen Angliederung des Saargebietes an Frankreich sein würden. Zu dieser Vermutung hat auch die eigenartige Frankenpolitik der Saarregierung Anlaß gegeben, die unter Mißachtung der Saarbevölkerung unentwegt fortgesetzt wird.

Man erzählt sich auch im Saargebiet, daß die Äußerungen Briands in der Kammer über die „freiwillige Regierungsweise Frankreichs im Saargebiet“ getan wurden, um dem Minister Loucheur angesichts der Indiskretionen der „Intransigeant“ zu stützen. Und die jetzige Reise des Viermännerkollegiums — Hector war bekanntlich ungezogen! — wird ebenfalls mit dem Besuch Loucheurs und mit Briands Ausführungen in Verbindung gebracht.

Der Besuch deutscher Minister im Saargebiet

wird in einem längeren Leitartikel des „Berliner Tageblatts“ gefordert. Darin heißt es u. a.:

„In diese Zeit der Krisenstimmung ist plötzlich die Reise des französischen Ministers Loucheur in das Saargebiet gefallen. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ hat ausgeplaudert, Loucheur habe die Aufgabe gehabt, den Präsidenten der Saarregierung daran zu erinnern, was Frankreich von ihm erwarte. Die Saarbevölkerung fordert, daß auch deutsche Minister durch Reisen ins Saargebiet sich davon überzeugen können, daß die deutsche Bevölkerung Recht hat. Sollte dieses Recht versagt werden, dann verlangt die Saarbevölkerung, daß Frankreich in Zukunft eine Einflusnahme auf die Verwaltung des Saargebietes durch die Völkerbundskommission unterläßt, sonst besteht der Verdacht, daß die Saarregierung eine von Frankreich vorgeschobene Annektionskommission darstellt“ — was allerdings durch Briand inzwischen bestätigt wurde.

Protest der deutschen Regierung gegen die Schaffung der „saarländischen Staatsangehörigkeit“

Ist beim Sekretariat des Völkerbundes eingegangen. In dem Protest ist bekanntlich darauf hingewiesen worden, daß mit der Verfüzung der Regierungskommission über den Begriff „Saar-einwohner“ der Versuch gemacht worden sei, die Bestimmungen des Saarbedenabkommens über die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit für die Saargebietsbevölkerung zu umgehen und eine neue „saarländische Staatsangehörigkeit“ zu schaffen, die auch sämtlichen Ausländern, die mindestens ein Jahr im Saargebiet wohnen, ohne weiteres zuerkannt werden würde. Dadurch würden diese Ausländer wahlberechtigt zu den örtlichen Vertretungen wie die Saardeutschen sein.

Trotz des Protestes der Saargebietsbevölkerung

gegen die Frankenpolitik der Saarregierung

versucht diese ihre politischen Ziele, die sie mit dem Frankenbefehl an die Gemeinden beabsichtigt, fortzusetzen. In einer Sitzung der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung teilte nämlich der Saarbrücker Bürgermeister anläßlich der Besprechung einer Lohnerhöhung für die Straßenbahnarbeiter mit, daß die Regierungskommission ihr Verbot, Gemeindebeamten, Angestellten und Arbeitern irgendwelche Teuerungszulagen oder Gehaltserhöhungen in deutscher Markwährung zu geben, streng aufrecht erhalte.

In einer Versammlung der Bürgermeister des Saargebietes ließ der Vertreter des „Ministers des Innern“ der Saarregierung, Herr Delfaut, verlauten, daß die Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten des Saargebietes in Kürze

„auf dem Verordnungswege“

zu erwarten sei. Damit würde dann die Frankenzahlung in den Gemeinden „auf dem Verordnungswege“ eingeführt.

Ein Bürgermeister, der den Angestellten und Arbeitern der Gemeinde angeht, der drückenden Notlage aus eigenem Entschluß eine Gehaltszulage, und zwar entgegen dem Verbot der Regierungskommission, die solche Zahlungen in Franken vorschreibt, in Mark ausgezahlt hatte, wurde von der Saarregierung aufgefordert, sich deshalb zu verantworten, ferner wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Gegen diese Vergewaltigungsversuche haben die Kommunalbeamten des Kreises Saarlouis sich in einer Versammlung gewandt und beschlossen, gegebenenfalls

gegen die Saarregierung ein Verwaltungsstreitverfahren einzuleiten,

falls sie weiter auf dem Verbot der Gehaltserhöhung in Mark für die kommunalen Angestellten beharrt. Auch der Stadtrat St. Ingbert hat einstimmig beschlossen, gegen die Verordnung der Regierungskommission, an städtische Beamte und Angestellte keine Zulagen in Mark zu gewähren, Beschwerde beim Verwaltungsgericht einzulegen. In der Besprechung dieses Antrages erklärte ein Mitglied der unabhängigen Fraktion unter allgemeiner Zustimmung, daß der Stadtrat die Konsequenzen ziehen wird, falls das Verwaltungsgericht die Beschneidung der Rechte des Stadtrats durch die Saarregierung sanktionieren sollte.

Die Saarregierung kann also auch beim allerbesten Willen nicht dem Völkerverbund berichten wollen, daß die Einführung der Frankenzahlung in den Gemeinden von der „großen Mehrheit der Gemeindeverwaltungen und der kommunalen Angestellten verlangt“ worden sei. In unserer Nummer 19 haben wir die Proteste und Erklärungen der Gemeindeverwaltungen des Saargebietes, soweit sie uns bekannt geworden sind, mitgeteilt. Daraus hat sich zweifelsfrei ergeben, daß zwei Drittel der Gemeindeverwaltungen sich gegen die Einführung der Frankenzahlung ausgesprochen haben. Die Gemeindevertretungen repräsentieren im Saargebiet mit den Kreisvertretungen die gesamte Bevölkerung des Saargebietes und alle politischen Parteien. Es ergibt sich also, daß mindestens zwei Drittel der Bevölkerung durch ihre berufenen Vertreter zum Ausdruck haben bringen lassen, daß sie für die Beibehaltung der Mark und Einschränkung des Frankenumlaufs ihre Stimme erheben. Die gewaltigen Demonstrationen in Saarbrücken gegen die Frankenzahlung der Saarregierung haben diese Tatsache noch bekräftigt und eine Einheitsfront gegen die Absicht, die Frankenzahlung allgemein einzuführen, geschaffen. Es ist daher lächerlich, wie sich gewisse von bestimmter Seite bezahlte Elemente und Organe finden, die diese Tatsache wegzulügen versuchen.

Der Verleumdungsfeldzug im Saargebiet,

wie er von der Richert-Garde inszeniert worden ist und heute noch durchgeführt wird, hat alles bisher dagewesene in den Schatten gestellt. Diesen Kreaturen, die ihren ganzen Unrat in der Parallelstraße ablagern, ist nichts mehr heilig, kein Recht, kein Gefühl, kein Charakter und keine Überzeugung. Der Frankenzug, der sich über diese Herrschaften ergossen hat, hat jede Wahrheit in ihrem Innern ertötet; für den Frankenzugmamon opferten sie alles, ihr Vaterland, ihr Vaterhaus, ihren Namen und ihre eigene Meinung. Sie sind Knechte geworden im Solde der französischen Propaganda und versuchen ihre Schande dadurch zu verbergen, daß sie andere in den Schmutz ziehen, daß sie ihnen in abscheulichster Weise die Ehre und die ehrliche Überzeugung abzuschneiden versuchen. Wer in diesen Tagen gezwungen war, das französische Propagandaorgan mit deutschem Aushängeschild zu verfolgen, ist von einem Elend erfaßt worden über die Gemeinheiten, die dort eine Ablagerungsstätte fanden. Alle, die nicht den Franken forderten, wurden in der gemeinsten Weise verdächtigt, ihre feierlich gegebenen Erklärungen als Schwindel bezeichnet, Lügner genannt, die jedermann ersichtliche Tatsachen feststellten. Wenn man allerdings weiß, daß diese Veröffentlichungen nur erfolgten, um sie im Ausland als deutsche Presseäußerungen im Saargebiet hinzustellen, wenn man weiß, daß solche Veröffentlichungen auf Bestellung und gegen Bezahlung erfolgten, dann kann man sie zwar richtig einschätzen, begreifen und bewerten aber kann man sie nicht; denn dazu stehen sie zu niedrig und entstammen Persönlichkeiten, die jeden Anspruch auf Anstand, Gewissenhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit verloren haben. Es ist begreiflich, wenn die von jener Seite Angegriffenen schließlich darauf verzichten, sich mit diesen Kreaturen vor Gericht auseinanderzusetzen, da jeder sich beschämt, der mit ihnen näher in Berührung kommt. Wie weit die Frechheiten und dreistündigen Lügen dieser Käuflinge gehen, beweist folgender Vorfall:

Die „Nouveau-Schaale an der Saar“ hatte, um den Landessekretär Hillenbrand von den christlichen Gewerkschaften bei den Arbeitern zu verdächtigen, behauptet, er habe an dem Gutachten der Oberpreisprüfungskommission über die Frankenfrage mitgewirkt, was dieser wiederholt öffentlich kategorisch bestritt. Genanntes Organ mit seinem kommunisti-

schen und französischen Anhang aber hielt seine Behauptung aufrecht und nannte Hillenbrand wiederholt einen Lügner und Schwindler usw. Da der Vorsitzende der Oberpreisprüfungskommission, Herr Herzberg, beurlaubt war, konnte eine amtliche Feststellung dieser unwahren Behauptungen erst später erfolgen. Herr Herzberg bestätigte darin Herrn Hillenbrand ausdrücklich: „An der ersten Sitzung, die am Dienstag, den 27. September, stattfand und in der mit der Aufstellung bzw. Formulierung des eingereichten Gutachtens begonnen wurde, nahmen weder Sie (Hillenbrand) noch ein anderer christlicher Gewerkschaftsführer teil. Die weiteren Besprechungen fanden am 29. und 30. September statt. An diesen Tagen konnten Sie (Hillenbrand), da Sie ja inzwischen nach Genf abgereist waren, erst recht nicht teilnehmen und mitwirken.“ Herr Herzberg bestätigte dann ausdrücklich, daß Herr Hillenbrand weder an der Aufstellung und Formulierung des Gutachtens teilgenommen hat, noch daß ihm das fertiggestellte Gutachten vorgelegt worden ist, noch daß er es unterschrieben hat. Damit ist die unwahre Behauptung der „Schmutz-Schaale“ und seiner kommunistischen Hintermänner als eine Entstellung der Wahrheit nachgewiesen.

Die Notwendigkeit eines Kontrollorgans zur Nachprüfung der Ausgaben der Saarregierung hat sich bekanntlich erst kürzlich wieder durch

die Speizenrechnung der Saarregierung

gelegentlich der Entsendung einer Delegation nach Berlin erwiesen. In einer Saalbauversammlung hatte der Stadtverordnete Schäfer mitgeteilt, daß die Delegation, bestehend aus 10 Personen, den Betrag von 150 000 Mark ausschließlich einer Nachtragsrechnung liquidiert hätte. Die Saarregierung dementierte zwar diese Behauptung des Stadtverordneten Schäfer, jedoch in einer Form, daß die sozialdemokratische „Volksstimme“, der der Stadtverordnete Schäfer bekanntlich sehr nahe steht, glaubte, diese Berichtigung nicht sehr ernst nehmen zu sollen. Daraufhin erhielt das genannte Blatt von der Regierungskommission, und zwar vom Präsidenten Rault selbst unterschrieben, eine neue Berichtigung, in der erklärt wurde, daß tatsächlich nur etwa ein Drittel der von dem Stadtverordneten Schäfer angegebenen Summe in Rechnung gestellt worden sei. Wie dem auch sein mag: Es ist dringend notwendig, daß der Saarregierung eine Kontrollinstanz aus den Kreisen der Bevölkerung zur Seite gestellt wird, damit die Regierungskommission nicht mit den Geldern des Landes nach Gutdünken wirtschaftet und aus der Landeskasse schließlich noch die französische Propaganda bezahlt, die im Saargebiet mit Genehmigung und unter wohlwollender Förderung der Regierungskommission gegen die Interessen der Saarbevölkerung geführt werden darf.

Aufklärung verlangt

auch folgende Nachricht, die der „Vorwärts“ aus Saarbrücken verbreitet:

„Dem Präsidenten der Regierungskommission ist zur ersten Ausstattung seiner Dienstwohnung in Saarbrücken ein Fonds von 280 000 Fr. zur Verfügung gestellt und bei der Landeskasse des Saargebietes deponiert worden. Aus diesem Fonds wurde in den letzten Tagen eine Rechnung über Bettücher für den Haushalt des Präsidenten sowie eine gewisse Summe für silberne Kaffeelöffel, die für den eigenen Gebrauch der Privatsekretärin des Präsidenten, Fräulein Blanche, bestimmt waren, bezahlt. Ein solcher Mißbrauch mit öffentlichen Geldern des Saargebietes kann nur deshalb getrieben werden, weil die Regierungskommission bis jetzt keinen öffentlichen Etat aufgestellt hat. Ob die Regierungskommission des Saargebietes dem Völkerverbund bis jetzt schon einmal Rechnung über die Verwendung der ihr zur Verwaltung des Saargebietes zufließenden Mittel gelegt hat, ist nicht bekannt, aber auch nicht wahrscheinlich.“

Die „Saarbrücker Volksstimme“ bemerkt hierzu:

Wer das Saargebiet liebt,

wer über alle wichtigen Vorgänge im Saargebiet fortlaufend gut unterrichtet sein will, wer hören und lesen will, was unsere deutschen Brüder und Schwestern im Saargebiet unter der französischen Fremdherrschaft zu leiden haben, der

bestelle den „Saar-Freund“

beim zuständigen Postamt, Zeitungspreislifte Seite 266

Wir geben die Meldung ohne Kommentar wieder. Staatsrat Kault erhält damit wieder Gelegenheit zu einer „Berichtigung“, die hoffentlich klaren Wein einschenkt.

Dass solche Meldungen möglich werden, ist nur dem Umstand zuzuschreiben, daß die Saarregierung niemand einen Blick in den Landesetat tun läßt.

Mit der Entsendung einer Delegation nach Genf befaßte sich auch eine Revierkonferenz des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, der Landessekretär Hillenbrand den Bericht über Genf erstattete. Wie er hervorhob, hätten die Delegierten aus dem Saargebiet die politischen Rechte der Saargebetsbevölkerung unterstrichen und den Mitgliedern des Völkerbundes gesagt, wie sie als angebliche Hüter der Demokratie auf dem besten Wege seien,

die Saargebetsbevölkerung zu politischen Heloten zu machen.

Die bisherige Politik der Saarregierung identifiziert sich nicht mit der der Bevölkerung, sie begünstigt vielmehr nur die Französisierungsbestrebungen an der Saar. Dann hätten die Saardelegierten gesagt, wie durch diese Politik für viele Glieder des Saarwirtschaftslebens und damit für große Teile des Volkes an der Saar Nachteile geschaffen werden. Der Schritt der Saargebetsbevölkerung in Genf müsse von jedem rechtschaffen denkenden Bürger als eine Selbstverständlichkeit betrachtet und gutgeheißen werden. In der Versammlung wurde der unverantwortliche Verleumdungsflug, der von der französischen Propagandastelle ausgeht, sehr richtig als das bezeichnet, was er ist, nämlich ein Zersplitterungsversuch, um die Einheitsfront der Saargebetsbevölkerung niederzureißen und dadurch leichtere Arbeit zu haben.

Die westeuropäische Zeit im Saargebiet.

In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober ist im Saargebiet die westeuropäische Normalzeit im Eisenbahnverkehr wie im bürgerlichen Leben eingeführt worden. Damit hat also das Saargebiet gleichlaufende Zeit mit Frankreich. Auch damit will man zum Ausdruck bringen, daß man das Saargebiet bereits zu Frankreich rechnet.

Eine französische Zeitung verlangt Aufklärung über die gefälschte Saaradresse.

Die in der deutschen Presse und auch im Reichstag wiederholt behandelte gefälschte Saaradresse beginnt nunmehr auch in der französischen Presse Beachtung zu finden. Das bisherige Schweigen ist erklärlich, wenn man weiß, daß es der französischen Regierung unmöglich ist, die in der deutschen Presse aufgestellten Behauptungen zu widerlegen. Die „Lothringer Volkszeitung“, ein ausgesprochen französisch-nationalistisches Blatt, schreibt in ihrer Nummer vom 10. Oktober folgendes: „Es wird deutscherseits behauptet, diese Adresse sei gefälscht. Da Frankreich es nicht notwendig hat, zu solchen Mitteln zu greifen, wäre es geboten, diesen Gerüchten auf den Grund zu gehen. Frankreich will das Saargebiet weder durch Zwang noch durch Betrug für sich gewinnen. (?) Es ist nicht seine Gewohnheit, mit derartigen Mitteln zu arbeiten. (Siehe Oberschlesien!) Der Ehrentitel eines französischen Bürgers reicht viel zu hoch, als daß er jemandem zugestanden werden sollte, der nicht aus innerster Überzeugung sich zu Frankreich bekennt. Diese Geschichte von der gefälschten Saaradresse ist häßlich. (Nein, sie ist ein Verbrechen! D. S.-Fr.) Wenn an ihr etwas Wahres sein sollte, dann können nur Leute dahinter stehen, die aus falsch verstandenem Patriotismus heraus eine Irreführung Pariser Staatsmänner fertig gebracht haben. Vor der Hand wollen wir abwarten, ob und was man von interessierter Seite dazu sagen wird.“

Bislang hat sich die französische Presse zur Frage der gefälschten Saaradresse völlig ausgekwiggen. Wenn man weiß, daß die französische Regierung ihre Presse sehr gut in der Hand hat, so ist dieses Schweigen verständlich. Auch das Schweigen des französischen Majors Richert in Saarbrücken, der über das Zustandekommen der Adresse zweifellos sehr gut, vielleicht am besten unterrichtet ist, ist durchaus verständlich, bestätigt aber nicht die Ausführungen des obengenannten lothringer Blattes, daß Frankreich weder durch Zwang noch durch Betrug das Saargebiet für sich gewinnen wolle!

4000 Wohnungsjuchende in Saarbrücken!

Das nach der neuen Verordnung über die Zusammenfassung und Ergänzung der Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot gebildete Revisionsgericht in Mietsachen hielt kürzlich seine erste Sitzung ab. Das Gericht besteht aus drei vom Präsidenten der Regierungskommission ernannten Richtern, die auch dem Verwaltungsausschuß angehören. Die Auswahl dieser Richter gibt die Gewähr dafür, daß bei Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen letztere regelmäßig bevorzugt werden.

Der Saarbrücker Mieterkühnverein nahm eine Entschliebung gegen die Wohnungsnot an, in der es heißt: „Die Regierungskommission wird ersucht, ihr dauerndes Augenmerk

auf die Beseitigung der schrecklichen Wohnungsnot zu richten. 4000 Wohnungsjuchende sind zurzeit in Saarbrücken zu verzeichnen. Die Vereinigung fordert, daß wenigstens eine der von den französischen Truppen bewohnten Kasernen recht bald zur Vermietung an Wohnungslose freigegeben wird.“

Deutsche Fürsorge im Saargebiet.

Im Saargebiet herrscht eine außerordentlich große Kartoffelnot. Die Saarbrücker „Volksstimme“ führt diese Tatsache zum Teil darauf zurück, daß ein großer Teil der von der Reichsregierung zur Ausfuhr nach dem Saargebiet freigegebenen 1 Million Zentner Kartoffeln nach Lothringen verschoben worden sei. Um der Kartoffelnot zu steuern, waren sechs Vertreter der organisierten Arbeiterschaft des Saargebiets in Berlin, um bei der Reichsregierung erneut eine größere Kartoffelmenge frei zu bekommen. Nach Darlegung der Verhältnisse hat die Reichsregierung sich auch bereit erklärt, erneut 200 000 To. Kartoffeln zur Ausfuhr nach dem Saargebiet freizugeben, obwohl in Deutschland selbst Kartoffelknappheit herrscht. Auch wird die deutsche Eisenbahnverwaltung für die beschleunigte Beförderung der Kartoffeln nach dem Saargebiet Sorge tragen. Im Saargebiet verlangt man von der Saarregierung ausreichende Vorkehrungen, die es verhindern, daß auch nur der geringste Teil der zugeteilten Kartoffeln, die teilweise dem deutschen Volke fehlen, aus dem Saargebiet verschoben werden können. Die Reichsregierung hat auch auf Grund der Mitteilungen aus dem Saargebiet vom 15. d. M. für verschiedene Lebensmittel, darunter für Kartoffeln, den sogenannten Saarzuschlag fallen lassen. Diese Vergünstigung tritt jedoch nur dann in Kraft, wenn der Frachtbrief den Vermerk enthält „Zur Verwendung im Saargebiet“.

Wie bereits mitgeteilt wurde, hat das Deutsche Reich dem Saargebiet auch ein Kontingent von 2000 To. Hafer jährlich zugestanden, ferner hat das Deutsche Reich neuerdings dem Saargebiet ein Kontingent von 200 Zentnern Wurstwaren aus dem deutschen Zollinland monatlich zugestimmt. Schließlich ist vom Deutschen Reich für das Saargebiet aus der freien deutschen Ernte Mehl in einer Gesamtmenge bis zu 3000 To. pro Jahr zuerkannt worden. Das Reichsernährungsministerium knüpft an dieses weitgehende Zugeständnis die durchaus verständliche Bedingung, daß neben den Privatantragstellern über kleine Mengen nur die Firmen berücksichtigt werden sollen, die vor dem Kriege sich auf eigene Rechnung mit dem Mehlgroßhandel befaßt haben.

Auf den Saarbahnen ist mit Wirkung vom 15. Oktober d. J. für folgende Güter innerhalb des Saargebiets eine Frachtermäßigung von 50 Prozent erfolgt: Getreide, frische Kartoffeln, frische Feld- und Gartenfrüchte, Beeren und Obst, Milch.

Ein bedauerliches Versehen der Außenhandelsstelle.

Um die von den Saarbahnen ausgeschriebene Vergabung von Rast- und Schienenwagen hatten sich verschiedene deutsche Firmen beworben. Die Außenhandelsstelle, die von diesen Angeboten deutscher Firmen erfuhr, mischte sich jedoch in diese Angelegenheit hinein und teilte den Firmen mit: „Nach Rücksprache mit dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen wird Ihnen mitgeteilt, daß Sie nicht mit der Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung zu Ihren Angebotspreisen rechnen können.“ Sie setzte außerdem Ausführmindestpreise für die Wagen fest und gab damit zu erkennen, daß sie das Saargebiet zum Ausland rechnet. Es kann selbstverständlich nicht von jedem Deutschen verlangt werden, daß er sich mit den einzelnen komplizierten Bestimmungen des umfangreichen Pariser Diktats vertraut gemacht hat. Man sollte aber erwarten, daß eine deutsche amtliche Stelle darüber unterrichtet sein sollte, daß das Saargebiet nach dem Versailler Diktat deutsches Gebiet geblieben ist, wenngleich Frankreich alle Hebel in Bewegung setzt, um es zu annektieren. Wir hoffen, daß das Reichswirtschaftsministerium, an das sich die fraglichen Firmen gewandt haben, die Außenhandelsstelle über das unbestritten deutsche Saargebiet hinreichend aufgeklärt hat.

Die Staatskommissariate für Pfalz und Saarpfalz.

Die Aufgaben der Staatskommissare für Pfalz und Saarpfalz wurden bisher von Beamten wahrgenommen, die von ihren Amtsstellen zu diesem Zweck beurlaubt waren. Nun sollen für die beiden Kommissariate besondere Regierungsdirektorenstellen außer dem Stände im Ministerium des Äußeren errichtet werden. Die bayerische Regierung hat im Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Französische Angst vor deutschen Turnern!

Vor kurzem nahm eine Anzahl Mitglieder des Saarbrücker Turnvereins an dem deutschen Turnfest in Hannover teil und errang hier eine stattliche Anzahl Preise. Der Verein wollte die Sieger mit Musik vom Bahnhof Saarbrücken aus in festlichem Zuge abholen und erbat hierzu die Erlaubnis der Polizeibehörde in Saarbrücken. Diese wurde verweigert mit der Begrün-

bung, daß es nicht erwünscht erscheine, bei einem „deutschen“ Turnfest deflorierte Turner mit Musik abzuholen, da sich weite Kreise der Saarbevölkerung hierdurch verletzt fühlen könnten!

Wer die Stimmung der Bevölkerung der Bevölkerung im deutschen Saargebiet kennt — denn daß das Saargebiet noch immer deutsch ist, dürfte auch die Polizeibehörde in Saarbrücken wissen —, hat für diese Begründung nur ein Lachen. Wir wollen aber dankbar davon Notiz nehmen, daß sich die Polizeibehörde und die Regierungskommission überhaupt einmal Gedanken über die Stimmung der Bevölkerung machen, und der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie ähnlich besorgte Rücksichten in weit schwerwiegenderen Fragen auf die Wünsche der Saarbevölkerung nehmen wird. Die beste Gelegenheit wird sich hierzu bieten, wenn sie der einmütigen Rundgebung sämtlicher Gemeindeverwaltungen gegen die Einführung der Frankenzahlungen an Kommunalbeamte und die Erhebung von Gemeindeabgaben in Franken Rechnung trägt und dafür sorgt, daß die völlig unberechtigten französischen Besatzungstruppen aus dem Saargebiet verschwinden!

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

Die städtische Verwaltungsschule für das Saargebiet wurde in Gegenwart von Vertretern der Stadtverwaltung, des Lehrerkollegiums der Verwaltungsbeamtenschule und von Vertretern der Beamtenschaft und Presse am 12. Oktober in der Aula des Reform-Realgymnasiums eröffnet. Die Schule wird zunächst in einem sechsmonatigen Kursus und dann als Vorkurs für den Beamtenanwärtern und Beamten die Kenntnisse der Kommunalverwaltung vermitteln. Zum Leiter der Schule wurde der bekannte Oberstadtssekretär (zuletzt Verwaltungsdirektor a. D.) van Hoffs bestellt. — Die Bevölkerungszahl der Stadt Saarbrücken betrug am Ende des Monats September insgesamt 118 116, und zwar 59 013 männlichen und 59 103 weiblichen Geschlechts. An Geburten waren im Monat 216 (108 männliche und 108 weibliche) zu verzeichnen. Gestorben sind in dem genannten Zeitraum 91 Personen, so daß der Geburtenüberschuß 111 beträgt. 1343 Personen sind in Saarbrücken zugezogen, 1293 fortgezogen, so daß ein Zugunstmehr von 50 Personen zu verzeichnen ist. — Die Verkehrskontrolle 1 der Saarbahnen, die bis jetzt noch immer in Köln war, wurde jetzt ab 1. Oktober nach Saarbrücken verlegt. Sie hat die Bezeichnung Verkehrskontrolle 1 in Saarbrücken. Zum Vorstand derselben wurde der Eisenbahn-Sekretär Winters bestellt. — Für rechtzeitiges Lösen von Bränden an Bahnanlagen haben unter andern Belohnungen erhalten: Oberbahnmeister Streitberg in Gersweiler, Bahnmeister 1. Kl. Mölledien in Saarbrücken 5, Rüdte in Saarbrücken 1, Eisenb.-Mf. Leubach und Paegge in Saarbrücken und Ref.-Führer Jacoby in Bous, Stellwerks-obermeister Schadmann in Bous, Rottenführer Angel in Primsweiler, Rangierführer Schwinn in Bous, Bahnwärter Schneider, Strider in Lebach und die Anwärter Hensgen in Bous, Holz in Lebach, Rangierer Hellbrück in Bous, die R.-Arb. Trieb, Leclercq, Nicola, Hedmann, Kollmann und Reis sowie Telegr.-Arb. Konrad in Bous. — Die Spekulation mit Häusern und Bodenwerten nimmt allmählich im Saargebiet unerhörte Formen an. So wurde nach einer Mitteilung in der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung ein Haus, das vor einem halben Jahre mit 150 000 Mark angekauft wurde, vor einigen Tagen mit 800 000 Mark zum Verkauf angeboten. In Wiebelskirchen wurden z. B. für die Rute 400, 500 und 600 Mark gefordert und auch bezahlt. In einem Falle forderte ein Grundstücksbesitzer sogar 800 Mark für die Rute. — Die Erhebung der beiden Orte Spiesen und Elversberg zu einer selbständigen Bürgermeisterei wird im Rahmen der Erstrebung der Stadtwerdung Neunkirchens demnächst die Bürgermeistereirats-sitzung Neunkirchen beschäftigen. — In Friedrichsthal fand kürzlich die feierliche Einführung des nach dort versetzten Pfarrers Schilz statt. — Von den Bewerbern um die Stelle des städtischen Musikdirektors in Saarbrücken wird sich am 4. Nov. als erster Dr. Heinz Unger aus Berlin dem Saarbrücker Publikum in einem Symphoniekonzert vorstellen. — Die Bäderzwangsinnung für den Kreis Ottweiler beantragte beim Saarverband der Bäderinnungen die sofortige Einberufung einer Versammlung zur Neuordnung der Brotpreissetzungsmethode. Der Preis für Bröden und Weiden wurde auf 1,50 M. festgesetzt. — Die Quarta der Saarbrücker Knaben-Mittelschule unternahm eine Studienfahrt durch das Schwabenland, von der sie bleibende Erinnerungen mit in ihre Saarheimat genommen hat. — Der Verein für Geflügelzucht und Vogelschutz in Bülkingen veranstaltete die ihm vom Saarverband der Geflügelzüchter übertragene Verbandsausstellung in Bülkingen mit gutem Erfolg. — Die Hauptübung der Freiwilligen Feuerwehr Neunkirchen fand am 16. Oktober auf dem Schulhofe des Realgymnasiums statt. — Seit kurzem wird die Kontrolle der Reisenden in der deut-

schen Zollstation Zweibrücken wieder streng durchgeführt. Ueber die Zollkontrolle im Bahnhof Bruchmühlbach wird wegen der mangelhaften technischen Einrichtungen lebhaft geklagt. — Einen an die gute alte Zeit erinnernden Erlaß hat die Schulabteilung der Regierungskommission an die Schulräte ergehen lassen. Es heißt darin: „In letzter Zeit haben viele Lehrpersonen Eingaben ohne Einhaltung des Instanzenweges direkt an uns gerichtet. Wir nehmen daher Anlaß, die Lehrpersonen auf die Befolgung der einschlägigen Verfügungen hinzuweisen. Nicht auf dem Dienstwege eingereichte Schreiben werden den Einsendern künftig unerledigt zurückgesandt. Die Lehrpersonen sind entsprechend zu verständigen.“ — Die Ruine der Hohenburg und die Ausgrabungen am Schloßberg bei Homburg wurden kürzlich durch den Oberbaurat Klein-Saarbrücken mit mehreren Ausschußmitgliedern des Verschönerungsvereins besichtigt. — Die Gemeinde Bülbingen hat den im Kriege Gefallenen ein Denkmal in Gestalt eines einfachen Sandsteinsodells gesetzt, das demnächst enthüllt werden wird. — In das Krankenhaus Bülkingen wurde eine erst seit kurzer Zeit verheiratete Frau aus Fürstenthausen eingeliefert, die eine lebensgefährliche Schußwunde im Kopf hatte. Die Verletzte starb, ohne vorher Mitteilung machen zu können, ob sie die Waffe selbst gegen sich gerichtet habe, oder einem Mordanschlag zum Opfer gefallen sei. Die Tat geschah nach einer Auseinandersetzung mit ihrem Manne. Dieser sowie seine Mutter sind in Haft genommen worden.

Todesnachrichten. Fräulein Dina Glaser, 79 Jahre; Frau Karl Kühn, Rätin geb. Büch; Fräulein Anna Groß, 40 Jahre; Adam Unold, 59 Jahre; Daniel Hunsicker, pens. Hüttenmeister; Frau Maria Feis, geb. Kiebes; Frau Maria Dobner, geb. Frisch, 29 Jahre; Christian Benik, pens. Bergmann, Veteran von 1864, 1866 und 1870; Diplom-Ingenieur Johannes Gerstner, 37 Jahre; Frau Ludwig Wintrich, geb. Auer, 35 Jahre; Frau Johann Schmitt, Anna geb. Welsch, 61 Jahre; Heinrich Griesang, Eisenbahnpförtner a. D., 69 Jahre; Johann Pfeiffer, 69 Jahre; Peter Hemmerling, Eisenbahn-Schlosser; Wilhelm Schneider, Mehgermeister und Restaurateur, 47 Jahre; Frau Sophie Zoller, 62 Jahre; Philipp Faller, 46 Jahre; Jakob Ring, pens. Wagenmeister, 70 Jahre; Frau Wwe. Johann Waz, geb. Anna Kiefer, 78 Jahre; Josef Degen, Eisenbahnsekretär a. D., 80 Jahre; Prof. Wilhelm Kerper, Studienrat a. D., 65 Jahre; Friedrich Supper, 40 Jahre; Bäckermeister Heinrich Wildau, 61 Jahre, sämtliche in Saarbrücken. Christian Supper, 53 Jahre, in Schönbach. Frau Wwe. Christian Dierstein, Katharina Dorethea geb. Bidot, 75 Jahre, in Gersweiler. August Raden, 41 Jahre, in Neudorf-Saar. Lehrerswitwe Susanna Magdalena König, geb. Walster, 73 Jahre, in Altkessel. Friedrich Rug, 30 Jahre, in Geislaultern. Frau Andreas Ludi, Sophie geb. Leber, 61 Jahre, Invalide Albert Dutat, 58 Jahre; Wwe. des Marktscheiders H. Herrig, Margarete geb. Thomé, sämtliche in Bülkingen. Frau Jakob Herz, Philippine geb. Klein, 53 Jahre; Jakob Graf, Mehgermeister, 67 Jahre, beide in Wehrden. Fried Dörr, 31 Jahre, in Engelfangen. Nikolaus Nilles, Schreinermeister, 71 Jahre, in Dillingen. Anna Auguste Fakhender, 15 Jahre, in Ittersdorf. Michael Trieb, Rektor a. D., in Badgassen. Katharina Ripplinger, 10 Jahre; Fabrikbesitzer und Ingenieur Heinrich Witter, Inhaber der Zementbaugesellschaft Witter u. Cie., beide in Saarlouis. Frau Nikolaus Henrich, Anna geb. Rupp, 54 Jahre; Witwe des Maschinenwerkmeisters Aug. Thiemme, geb. Wilhelmine Schubert, 82 Jahre, beide in Frauenlaultern, Saar. Frau Wwe. Nikolaus Klein, Margarethe geb. Bauer, 67 Jahre; Joh. Bapt. Mann,

Die gefälligte „Saarländer-Adresse!“

Wer Auskunft darüber geben kann, wie der bekannte Betrug am deutschen Saargebiet durch die Sammlung von Unterschriften, besonders in Lothringen anfangs 1919 zustande gebracht worden ist, der teile alle Einzelheiten und alles, was darüber bekannt geworden ist, umgehend mit der

Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW. 11, Königgräzer Straße 94.

Veteran der Kriege 1864, 1866, 1870/71, 84 Jahre, beide in Merzig. Matthias Mannebach 70 Jahre, in Mettlach. Frau Kath. Sander, geb. Diehl, 60. Jahre, in Dilsburg. Frau Karoline Morgenstern, geb. Gerhardt, 53 Jahre, in Bübingen. Lehrer a. D. Heinrich Denis, 76 Jahre, in Dudweiler. Nikolaus Wagner, pens. Bergmann, 65 Jahre, in Heiligenwald; Lehrerin Fräulein Angela Becker, in Friedrichsthal. Christian Koch, Mittkämpfer von 1870/71, 77 Jahre, in Schnappach. Ida Wolter, 13 Jahre; Fräulein Sofie Potdevin, 63 Jahre; pens. Bergmann Philipp Höfner, 69 Jahre; Wwe. Elisabetha Schumacher, geb. Piroth; Johann Schnorr, Veteran von 1870/71, 75 Jahre, sämtliche in Neunkirchen. Else Wiesel, 16 Jahre; Erich Müller, Kaufmann, Inhaber des Eisernen Kreuzes, 22 Jahre; Friedrich Wilhelm Kehler, 80 Jahre, sämtliche in Wiebelskirchen. Katharina Munkes, geb. Diefinger, 61 Jahre, in St. Wendel. Adolf Bechtel, Friseur, 20 Jahre, in Landsweiler. Johann Müller, in Eppelborn. Frau Luise Guillaume, geb. Kremp, 61 Jahre, in Schiffweiler. Oskar Pauly, 37 Jahre, in Merdweiler. Peter Scheidhauer, Kohlenmesser a. D., Mittkämpfer der Feldzüge 1866, 1870/71, 84 Jahre; Aderer und früherer Standesbeamter Jakob Hollinger, Veteran von 1870/71, 73 Jahre, in Wellesweiler. Paul Krämer, in Wiesbach. Frau Margarete Limbach, geb. Lieber, 58 Jahre, in Kohlhof. Johann Peter Schug, pens. Glaschleifer, 68 Jahre, in Neuforweiler. Aloisius Kiebel, 22 Jahre, in Furschweiler. Sanitätsrat Dr. Mayer, Kreisarzt in Weissenheim und Saarbrücken. Otto Bollmar, Schreinermeister, 46 Jahre, in Rühshofen.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Herabsetzung der Kohlenpreise im Saargebiet.

Die außerordentlich drückende Notlage der Saarindustrie hat auf Drängen der saarländischen Industriellen die Regierungskommission veranlaßt, bei der französischen Regierung die Herabsetzung der Kohlenpreise für die saarländische Industrie durchzusetzen. Ein Ausschuß von Vertretern der Saarindustrie, der Regierungskommission und der französischen Regierung ist zu dem Ergebnis gekommen, ab 1. Oktober d. Js. für die Betriebe der weiterverarbeitenden Metall-, Keramik- und Glas-Industrie und der feuerfesten Produkte eine Herabsetzung von 20 Prozent auf die seit dem 1. Juli bestehenden Preise für diejenigen Kohlenmengen vorzuschlagen, die für die Herstellung der nach Deutschland versandten Erzeugnisse gebraucht werden. Diese Ermäßigung tritt auch für die verbrauchte elektrische Kraft ein.

Zweifellos bedeutet diese Ermäßigung eine gewisse Erleichterung für die Saarindustrie, wenngleich sie nicht ausreicht, um die wirtschaftliche Krise wesentlich zu beeinflussen. Wenn nicht gleichzeitig der Frankenumsatz beschränkt wird und eine Verrechnung des Kohlenpreises in Mark erfolgt, so daß die Saarindustrie in Konkurrenz mit der übrigen deutschen Industrie treten kann, bedeutet diese Kohlenpreiserhöhung an sich nichts, da der geordnete Kohlenpreis in Franken bei dem niedrigen Stand des Marktfusses für die Saarindustrie geradezu unerschwinglich ist. Uebrigens ist auf den Hausbrand nicht die geringste Rücksicht genommen worden, so daß es zahlreichen Familien im Saargebiet nicht möglich ist, sich genügend mit Winterbrand einzudecken. Angesichts dieser Sachlage ist es unbegreiflich, daß das amtliche deutsche Wolff-Büro die Mitteilung über die Preisherabsetzung für Saarkohle in eine Form kleidet, die den Anschein erwecken muß, als habe die Regierungskommission der Saarbevölkerung mit dem Eintreten für eine Kohlenpreiserhöhung geradezu eine Wohltat erwiesen. Es wird nämlich nicht dabei berücksichtigt, daß letzten Endes die Regierungskommission dafür verantwortlich gemacht werden muß, daß die Saargruben die Kohlenpreise für den saarländischen Verbrauch auf die zuletzt gezahlte Frankenhöhe heraufschraubte.

Die Diamantschleiferei,

die als Industriezweig in der Nachbarschaft von Homburg schon seit längerer Zeit betrieben wird, hat jetzt auch in Homburg ihren Einzug gehalten, wo zwei Fabrikanten eine Diamantschleiferei eröffnet haben und den Betrieb bereits aufgenommen haben. Im nahen Brücken bestehen seit Jahren fünf Diamantschleifereien, die ihre Rohstoffe aus Holland beziehen und ihre gefertigte Ware wieder dorthin liefern.

Die Köhlingschen Eisen- und Stahlwerke in Bülklingen

(Bülklinger Hütte) haben einen Teil ihres Betriebes nach einer Stilllegung von mehreren Wochen wieder aufgenommen, nachdem sich eine Anzahl von Arbeitern bereit erklärt hat, unter den neuen durch den Spruch des Schlichtungsausschusses vom 29. August bestimmten Bedingungen wieder in die Betriebe einzutreten.

Tabakindustrie.

Vertreter der Tabak-Industriellen des Saargebiets sind bei der Saar-Regierung vorstellig geworden, um für Handelsfreiheiten einzutreten. Die meisten Tabakfabriken im Saargebiet sind geschlossen, die anderen haben beschränkte Arbeitszeit eingeführt.

Für die Errichtung einer Schiffsumladestelle

am rechten Saarufer in der sogenannten „Au“ mit Anschlußgleis an den Haltepunkt Auersmacher haben auf Auersmacher Bann Geländeankäufe stattgefunden. Man sieht dem Hafenprojekt allgemein mit Interesse entgegen.

Weinlese an der Saar.

Die diesjährige Weinlese ergibt ein ausgezeichnetes Resultat. Das Mostgewicht ist das Höchste in den letzten 30 Jahren. In den Kreuzberglagen bei Merzig ist bei Riesling Auslese ein Mostgewicht von 85° Deckle festgestellt worden, 10 Prozent mehr als jemals erreicht wurde.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Nach längerem schweren Leiden ist am 14. d. Mts.

unser Vorstandsmitglied

Herr Ingenieur u. Fabrikbesitzer G. Salomon

im 54. Lebensjahre gestorben.

Der Verstorbene hat uns durch seine treue Anhänglichkeit an das deutsche Saargebiet, seiner einstmaligen Wirkungsstätte, und durch sein warmes Interesse, welches er unseren Bestrebungen entgegengebracht hat, sehr nahe gestanden.

Sein vornehmes und ruhiges, sich stets gleich bleibendes freundliches Wesen, seine biedere Offenherzigkeit, seine treu-deutsche, wahrhaft vaterländische Gesinnung, haben wir außerordentlich geschätzt. Wie er uns, so sind auch wir ihn in Treue und Verehrung zugetan gewesen.

Wir bedauern den allzufrühen Tod dieses braven, aufrechten, deutschen Mannes, dem wir über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Berlin, 20. Oktober 1921.

Der Vorstand des Bundes „Saar-Verein“, Ortsgruppe Berlin.

Direktor Fetz,
Vorsitzender.

Verwaltungsdirektor Vogel,
Geschäftsführer.

X Saar-Verein, Ortsgruppe Dortmund. In der letzten Versammlung erstattete der Vorstand Geschäfts- und Kassenbericht über das erste Vereinsjahr. Der Verein wurde danach gegründet am 17. Oktober 1920 und hat seine normale Tätigkeit im Januar ds. Js. aufgenommen. Es haben im laufenden Jahre 9 Mitglieder-erversammlungen, die durch Vorträge und andere Darbietungen anregend gestaltet wurden, und 2 gut gelungene Sommerausflüge stattgefunden. Die Mitgliederzahl betrug am 1. d. M. 211. Insgesamt sind 885 M. Unterstützungsgelder an notleidende Saar-deutsche gezahlt und für 40 Ausgewiesene und Flüchtlinge Arbeit beschafft worden. Die Einnahmen betrugen 6064,25 M., die Ausgaben 4898,51 M., so daß ein Kassenbestand von 1165,74 M. verbleibt. Nach Prüfung der Kassenführung wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Der bisherige 1. Vorsitzende Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Dr. Becker, der aus verschiedenen persönlichen Gründen eine Wiederwahl ablehnte, versicherte den Verein seines steten Interesses und im Bedarfsfalle seiner Mithilfe. Die Wahl des 1. Vorsitzenden soll demnächst stattfinden. Es wurden sodann einige Satzungsänderungen genehmigt und zwei Ausschüsse gewählt. Die nächste Mitglieder-erversammlung findet am Sonntag, den 13. November ds. Js., 5 Uhr nachmittags, im Restaurant Westpark an der Möllerbrücke statt. Um dem Verein die Möglichkeit der Erfüllung seiner Ziele, der Verwelschung des vom Deutschen Reiche abgetrennten Saarlandes entgegenzuarbeiten und den ausgewiesenen oder flüchtigen notleidenden Saardeutschen Hilfe angedeihen lassen zu können, zu geben, ist es notwendig, daß sich ihm nicht nur Saardeutsche, sondern auch alle Deutschen, die diese Bestrebungen zu unterstützen bereit sind, anschließen. Daß auch körperschaftliche

Mitglieder willkommen sind, ist selbstverständlich. Freiwillige Spenden für die Vereinsziele werden mit Dank entgegengenommen und sind dem Vereinskassameister, Herrn Berkessel, techn. Eisenbahn-Obersekretär, Bochumer Straße 8, zu überweisen. Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß am 28. November d. Js. im Kronenburgsaal ein Wohltätigkeitskonzert veranstaltet wird, zu dem der hiesige Instrumentalverein seine Kräfte in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt hat und an dem hervorragende Solisten mitwirken werden. Der Ertrag des Konzertes soll dem Unterstützungsfond des Vereins zugeführt werden.

In Naumburg, Potsdam und Wilhelmshaven hielt der Leiter der Geschäftsstelle Saar-Verein, Verwaltungsdirektor Vogel, in größeren Versammlungen am 18., 19. und 20. Oktober Vorträge über das deutsche Saargebiet, um auch in diesen deutschen Städten das Interesse für die Not und die Leiden der treudeutschen Saarbevölkerung wachzurufen. Ueber den Vortrag in Naumburg, dessen Inhalt dem der Vorträge in Potsdam und Wilhelmshaven entspricht, berichtet das „Naumburger Tageblatt“ u. a. folgendes:

„In seiner Eröffnungsrede gedachte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Lohmeyer, der schweren Entscheidungstunde in der Frage Oberschlesien und richtete einen warmen Aufruf zu deutscher Einigkeit und Einmütigkeit angesichts der großen Not des Vaterlandes. Hierauf ergriff Verwaltungsdirektor Vogel das Wort zu seinem fast zweistündigen Vortrage. Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages stehen wir immer und immer wieder vor schweren „Entscheidungen“. Das Friedensdiktat, oder noch besser das Friedensinstrument von Versailles macht sich immer noch fürchterlicher bemerkbar, wir stehen, wenn wir offen und ehrlich es zugeben wollen, da, wo wir wären, wenn vor 1½ Jahren der Friedensvertrag nicht unterzeichnet worden wäre. Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedr. Stampfer, habe unbedingt recht behalten, da er im Juni 1919 erklärt hat, „er halte die Unterzeichnung des Friedensvertrages für eine moralische Katastrophe, die, wie er fürchte, noch viel schlimmere Folgen haben werde, als die Nichtunterzeichnung.“ „Ich glaube bestimmt“, so sagte er wörtlich, „daß wir den letzten Gang, der mit diplomatischen Mitteln auszufechten ist, ehrenvoll zum Nutzen unseres Volkes bestehen könnten, wenn unser Volk nur die dazu nötige moralische Widerstandskraft aufbrächte.“ Diese Worte eines aufrechten deutschen Sozialdemokraten mühten täglich dem ganzen deutschen Volke eingehämmert werden, um es endlich darüber belehren zu können, was das Versailler Friedensdiktat ihm an Unmöglichkeiten, an Härten und Brutalitäten auferlegt habe. Wie angesichts des furchtbaren Unglücks von Oppau alle Deutsche ohne Rücksicht auf Stand und Parteizugehörigkeit in tiefer und inniger Teilnahme einig und einmütig dem deutschen Volke sich finden angesichts der schweren Unglücks, das unser Vaterland seit dem Zusammenbruch getroffen habe. Jeder Deutsche müsse in der heutigen Zeit, wie der preussische Ministerpräsident Stegerwald kürzlich so trefflich gesagt habe, in erster Linie Deutscher sein und in zweiter Linie als Politiker sein Vaterland über die Parteien stellen können. Einmütigkeit des deutschen Volkes sei unbedingt notwendig, um die Leiden unserer Brüder und Schwestern im besetzten und abgetrennten Gebiet lindern zu können und weil nur so das Verlangen nach Revision des Friedensvertrages von Versailles mit Nachdruck geltend gemacht werden könne. Mehr denn je erkenne man heute die französische Rhein- und Saarpolitik. Deutschland soll klein gehalten und zersüffelt werden, um Frankreichs Traum, die französische Grenze an den Rhein zu verlegen, zu erfüllen. In eingehender Weise schilderte Redner dann die Vorgänge bei den Friedensverhandlungen Ende März 1919 in Paris, wobei Wilson und Lloyd George durch die französischen Lügen und durch den unerhörten Betrug an dem Saargebiet über den deutschen Charakter des Saargebiets und seiner Bevölkerung getäuscht wurden. Interessante Angaben konnte Redner darüber machen, wie die Fälschung der Saarländer-Adresse zustande gekommen ist. In seinen weiteren Ausführungen schilderte Redner dann die durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnisse, besonders die unter der französischen Militärherrschaft entstandene Bedrückung des Saarpvolkes, die auch unter der Saargebietskommission eine Fortsetzung bis auf den heutigen Tag erfahren habe. Redner ging dann auf die Geschichte des Saargebietes ein und lieferte den einwandfreien Beweis, daß das Saargebiet seit mehr denn 1000 Jahren, solange die Geschichte geschrieben werde, mit einer kürzeren Unterbrechung von insgesamt 62 Jahren in mehreren Epochen, in denen das Saargebiet französischer Raubgier zum Opfer gefallen sei, immer ein ferndeutsches Land gewesen sei. Ebenso eingehend schildert Redner die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes durch die reichen Kohlenkölle und die außerordentlich stark entwickelten industriellen Unternehmungen.

Als geborener Saarbrücker und bester Kenner von Land und Leuten seiner Saarheimat hob er die treupatriotische Gesinnung der Saarbevölkerung besonders hervor und beleuchtete sie an der Hand vieler Beispiele. Besonders interessant waren die Schilderungen über den Abschied der Saarbevölkerung von unseren unbesiegten heldengrauen Truppen, sowie über den theatralischen Einzug der „Sieger-Franzosen“, der diesmal im Gegensatz zu 1870 recht „ungefährlich“ gewesen sei. Die weiteren Schilderungen bezogen sich auf die Franzosenzeit seit der Besetzung Saarbrückens. Zum Schluß ging Redner auf die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages näher ein, indem er immer wieder den Beweis lieferte, wie alle Bestimmungen dazu geeignet seien, das Saargebiet politisch und wirtschaftlich den Franzosen ganz ausliefern zu lassen. — Daß aber die Saarbevölkerung trotz aller Verlockungen und Bedrückungen, wie sie es so oft und feierlich zum Ausdruck gebracht habe, deutsch sei und deutsch bleiben wolle, dafür könne er die feierliche Versicherung abgeben. Warmer Beifall, dem auch der Vorsitzende besonderen Ausdruck verlieh, belohnte Redner für seine fesselnden Schilderungen.“

Die Ortsgruppe Redlinghausen des Bundes Saarverein hatte für den 18. September zu einer öffentlichen Kundgebung eingeladen. Der Vorstand dieser Ortsgruppe hatte es verstanden, diesen Tag zu einem wirklichen Volksfeste für Redlinghausen zu gestalten. Eine große Zahl benachbarter Ortsgruppen war mit Musik und Fahnen erschienen. Ein imposanter Festzug bewegte sich um 2 Uhr durch die Straßen Redlinghausens nach dem Rathaus. Von der Freitreppe des Rathauses herab hielt als Vertreter der Geschäftsstelle des Saarvereins Berlin Herr C. D. M. m. eine zündende, zu Herzen gehende Rede. Seine Ausführungen gaben ein Spiegelbild der Leiden der Bevölkerung des Saargebiets. Ebenso wurde der Aufbau und der Zweck des Bundes Saarverein klargelegt. Das Interesse der Bevölkerung Redlinghausens an dieser Kundgebung war ein sehr anerkennenswertes. Als Vertreter der Stadt hatte der Oberbürgermeister mit einigen Stadträten auf der Freitreppe Platz genommen. Die Einwohnerschaft aller Stände hatte sich sehr zahlreich an dem Festzug, ganz besonders an der Demonstration vor dem Rathaus beteiligt. Alle waren gewillt mitzuhelfen, um ihren bedrängten Brüdern und Schwestern nach Möglichkeit ihr Los zu erleichtern. Die Kundgebung verlief in der harmonischsten Weise.

Die Ortsgruppe Bottrop i. W. ist kürzlich gegründet worden. Die Gründungsversammlung wurde von dem Landsmann Kleer eröffnet und geleitet. Er wies auf den Zweck des Bundes Saar-Verein hin und auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Saardeutschen, welche im unbesetzten Deutschland wohnen, um durch Wort und Tat der bedrängten und leidenden Bevölkerung der geliebten Saarheimat jederzeit zu helfen.

In eindrucksvollen Worten schilderte sodann der Landsmann Kraus die Leiden der Saarbevölkerung unter der Herrschaft der weißen und schwarzen Franzosen. Wie rigoros dort die Grande-Nation vorgeht und wie diese „Kulturmenschen“ den Friedensvertrag auslegen und handhaben. Er schilderte aber auch die Taten mancher sogenannten „Saarländer“, welche sich früher nie genug in Ueberpatriotismus tun konnten und jetzt mit fliegenden Fahnen ins Lager der Franzosen gegangen sind um des elenden Mammons willen. Die lebhafteste Aussprache war sehr anregend. Für die Gründung der Ortsgruppe traten verschiedene Diskussionsredner ein, die längere Zeit in Lothringen waren. Zwei- und dreißig Personen meldeten sich als Mitglieder an, so daß das Bestehen der Ortsgruppe gesichert war. Eine zweite Versammlung der Ortsgruppe fand im Loale am 11. September statt. Nach Erledigung des Geschäftlichen folgte ein Referat des Landesmannes Steiger Geibel über die Auslegung und Handhabung des Versailler Friedensvertrages durch die Franzosen.

„Saar-Verein“, Ortsgruppe Essen-Borbeck. Am Sonntag, den 25. September 1921 veranstaltete die hiesige Ortsgruppe einen großen öffentlichen Theaterabend. Hierzu war der Theaterverein „Einigkeit“, Essen-Bergeborbeck, verpflichtet worden, der durch seine bewährten Kräfte ein hervorragendes, wohlgeklungenes Spiel bot. Vor wenigstens 400 Zuhörern konnte der 1. Vorsitzende Herr Georg Becker-Blum die Veranstaltung mit einer zweckentsprechenden Rede eröffnen, die allgemein gute und begeisterte Aufnahme fand. Das reichhaltige und ansprechende Programm erledigte sich ohne jeden Zwischenfall, und die wirkliche Feierstimmung war Beweis dafür, daß das Rechte getroffen war. Unter anderem wurden noch verschiedene schöne Sachen verlost. Nicht unerwähnt soll aber auch sein, daß nach einigen passenden Worten des 1. Vorsitzenden durch eine freiwillige Sammlung 285 M. für die Opfer des Oppauer Unglücks zusammengebracht wurden. Alles in allem: es war ein schöner Abend, der unserer deutschen Saarsache gewiß sehr dienlich sein wird, gelang es doch wiederum, in weitere Kreise Verständnis zu tragen für unser gerechtes und berechtigtes Wollen. Einen zweifachen Erfolg brachte uns der Abend ein zur besonderen Freude unserer Mitglieder, die eifrig mitgeholfen hatten.

Verein der Saarländer für Banne und Umgegend. Eine große Kundgebung für die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums im Saargebiet wird am 13. November d. J. im Saale von Wirt Franke, Schulkrahe stattfinden. Alle Landsleute und Freunde des Saargebietes bitten wir, zu dieser Veranstaltung, bei welcher ein auswärtiger Redner über die traurigen Verhältnisse im Saargebiet, ganz besonders über die Vorkommnisse in letzter Zeit sprechen wird, zahlreich erscheinen zu wollen. Näheres wird in unserer Ortspresse bekanntgegeben werden. Die regelmäßigen monatlichen Versammlungen finden jeden 3. Sonntag im Monat beim Wirt Lux statt; auch diese monatlichen Zusammenkünfte bitten wir recht regelmäßig besuchen zu wollen.

Der Vorstand.

Anfragen und Antworten.

Treue Freunde in Saarbrücken. Recht herzlichen Dank für die freundlichen Zuschriften und das treue Gedenken. Wir haben den Weberschen Erguß im „Le nouveau Courrier de la Sarre“ gelesen und können Ihre Bemerkung wohl verstehen, mit welchem Gefühl des Ekels sich alle anständigen Deutschen von diesem üblen Organ der französischen Richert-Propaganda und seiner dunklen Hintermänner abwenden. Major Richert's Wahlspruch „Ich liebe den Verrat, hasse aber die Verräter!“ werden jene erbärmlichen Subjekte schon einmal am eigenen Leibe kennen lernen. — Im übrigen sind wir mit Ihnen durchaus der Ansicht, daß dem „Nouveau Courrier de la Sarre“ in der Frankenfrage das Latein ausgegangen ist und daß er deshalb wie ein Ertrinkender nach dem Strohhalme greift, um seine niederträchtige Franken-Lügenpropaganda im Sinne des berüchtigten Richert auf ein anderes Geleise schieben zu können. Von diesem Schandblatt beschimpft zu werden, ist für jeden Deutschen das größte Lob.

Deutsche Treue in Briefen aus dem Saargebiet.

Endlich bietet sich mir Gelegenheit, Ihnen mal ein Lebenszeichen zu geben und mal in aller Eile ein klein wenig Groll, den man hier tagtäglich schlucken muß, von der Seele zu schreiben. Ich brauche Ihnen ja nicht mitzuteilen, wie es hier aussieht, denn ich habe schon verschiedentlich im „Saarfreund“ gelesen, daß Sie noch mit uns hier an der Saar in reger Fühlung sind. Wenn auch den Herren Franzosen das nicht sehr genehm ist, so kann es uns doch nicht abhalten,

Aufruf

an alle aus dem Saargebiet ausgewiesenen Deutsche!

Nachdem der Völkerbund i. Zt. die restlose Zurücknahme aller bisher erfolgten Ausweisungen aus dem Saargebiet von dem Präsidenten der Saarregierungscommission, Staatsrat Kault, verlangt hat, soll in einer Eingabe an den Völkerbund erneut gegen die bisher nicht aufgehobenen Ausweisungen Einspruch erhoben und die Aufhebung gefordert werden.

Um eine genaue Nachweisung aller wegen ihrer deutschen Gesinnung immer noch ausgewiesenen Personen aufstellen zu können, bitten wir hierdurch nochmals dringend die betr. Personen, welche unserer Aufforderung bis jetzt noch nicht entsprochen haben, uns ihre genaue Anschrift, Name, Stand, Alter, Wohnort, die Zeit und den Grund oder die Art ihrer Ausweisung gest. umgehend mitteilen zu wollen.

Alle deutschen Zeitungen bitten wir, im vaterländischen Interesse vorstehenden Aufruf abdrucken und verbreiten lassen zu wollen.

Geschäftsstelle Saar-Verein.

Berlin SW. 11, Königgräßer Straße 94 II.

mit Ihnen immer und immer wieder unser Deutschtum zu betonen. Traurig sieht es hier aus. Ich erinnere mich noch lebhaft an ein Werbeplakat, auf welchem bildlich auf die Folgen hingewiesen wurde, falls unsere Gegner siegen würden. Und heute! Allmählich fängt es an zu dämmern und ich wage zu behaupten, daß die Franzosen bessere Deutschen aus uns machen, als wir je gewesen sind. Eine unrühmliche Ausnahme machen allerdings einige Deutsch-Franzosen, ich nenne nämlich diejenigen so, die aus purem Egoismus sich den Franzosen an den Hals werfen. Was würden besonders unsere höheren Bergbeamten sagen, wenn sie sehen könnten, wie gerade diejenigen, die früher in ihrer Gunst so hoch standen, sich so rasch gemausert haben. Wehe ihnen, wenn mal hier wieder deutscher Wind weht. Pfui Teufel über solche Gesinnungslumpen, anders kann ich solche Herren nicht nennen. Viele Grüße aus der alten Heimat. Möge uns ein günstiger Stern leuchten, daß wir uns hier in unserer Heimat wiedersehen. Eins möchte ich Sie bitten: Vergessen Sie unser Saarrevier nicht und sorgen Sie nach besten Kräften dafür, daß man uns an der Saar nicht vergißt, denn deutsch waren wir, deutsch sind und bleiben wir trotz französischem Wein und Franken. Lassen Sie mich schließen mit dem Wunsche auf eine glückliche Zukunft und auf ein frohes Wiedersehen.

Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß!

Merkblatt mit Bildern
und
der Karte des Saargebiets

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW. 11, Königgräßer Straße 94

Das Merkblatt beantwortet folgende Fragen:

- Was ist das Saargebiet?
- Was haben die Bestimmungen von Versailles dem Saargebiet gebracht?
- Welches sind die Folgen für die Saarbewohner?
- Wie wehren sich die Saardeutschen gegen den moralischen und materiellen Terror?
- Welche Folgen haben die Verhältnisse im Saargebiet für Deutschland?
- Was bedeutet das Saargebiet für die Welt?
- Was müssen wir für unsere deutschen Schwestern und Brüder im Saargebiet tun?
- Was bezwecken der Bund und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“?

Die Saarbevölkerung hält fest am deutschen Vaterlande, um so lauter erhebt sie aber auch ihren Notruf: „Vergesst uns nicht!“ Dieser Notruf darf nicht ungehört bei uns verhallen. Wir müssen ein Band schaffen, das das Saargebiet trotz oder gerade wegen der zeitweisen Loosung vom deutschen Vaterlande fester denn je an Deutschland bindet. Das festeste Band, das Geschlechter überdauert und fremden Gewalten trotzt, ist die Heimatliebe und auf diese und die deutsche Treue allein baut der Bund „Saar-Verein“ seine Arbeit auf, von ihnen nimmt er seine Kraft und die Gewißheit des Erfolges seiner Arbeit. Das Saargebiet ist und muß auch deutsch bleiben, das ist der Wahlspruch, unter dem er arbeitet. Deshalb gilt es vor allem, treue Landsmannschaft durch die Gründung der Saar-Vereinigungen und das Zusammenhalten der Einzelmitglieder zu pflegen. Durch Vorträge über die Saarheimat, durch Vorbereitung heimatspezifischer Unterhaltungs- und Kunstabende, durch saarheimische Volksoberanstaltungen und durch zwanglose Zusammenkünfte muß überall die geistige Verbindung mit der Saarheimat aufrecht erhalten werden.

Darum helfe jeder bei unserer Arbeit für das Saargebiet mit durch Beitritt zum Bunde „Saar-Verein“ oder zu einer Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein.“



